

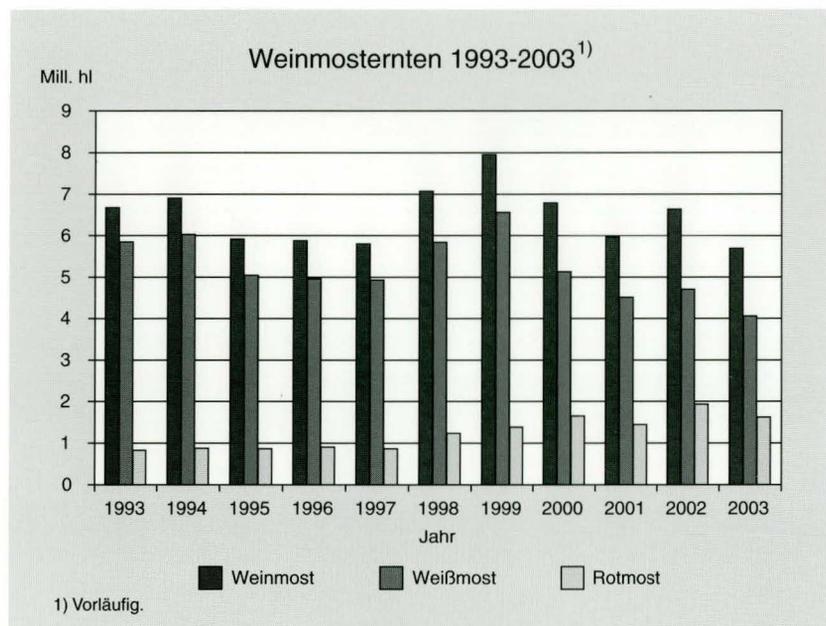
RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2003

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember



56. Jahrgang
Heft 11
November 2003

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Inhalt

**Vorteile durch vermehrten Übergang
auf Stichprobenerhebungen am Beispiel
der Dienstleistungsstatistik**

165 Im Rahmen des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik findet aktuell eine Diskussion statt, in der die Entlastung der befragten Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger als ein zentrales Anliegen der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes verankert ist. Eine Entlastung gelingt nicht zuletzt auch durch die Optimierung der Datenerhebung, indem moderne Stichprobenverfahren zum Einsatz kommen.

**Erntejahr 2003
– Witterung hatte deutlichen Einfluss auf
die Ernteergebnisse –**

170 Die diesjährige Getreideernte fiel trockenheitsbedingt unterdurchschnittlich aus. Den Reben kamen die Witterungsverhältnisse jedoch im Allgemeinen entgegen, auch wenn die Erntemenge unter dem Durchschnitt bleibt.

Anhang

121* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
130* Daten zur Konjunktur Deutschland/Rheinland-Pfalz
132* Neuerscheinungen im Oktober

Stichprobenerhebungen haben Vorteile – auch für die Dienstleistungsstatistik

Stichprobenverfahren werden seit vielen Jahren mit gutem Erfolg bei der Erhebung und Aufbereitung amtlicher Statistiken angewandt. Ihr vielseitiger Einsatz beruht auf einer Reihe von Vorzügen, wie weniger Befragungen, geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung sowie schnellere Fertigstellung der Ergebnisse. Stichprobenverfahren können außerdem vorteilhaft eingesetzt werden bei der Vorwegaufbereitung wichtiger Eckzahlen von Vollerhebungen, der repräsentativen Aufbereitung von sekundärstatistischem Material und bei Nachprüfungen zur Kontrolle der Datenqualität vor-hergehender Erhebungen.

Auf der anderen Seite sind aber auch der Anwendung der Stichprobenverfahren Grenzen gesetzt, wenn z. B. in statistischen Vorhaben der Anspruch erhoben wird, eine sehr tiefe sachliche und regionale Gliederung zu gewährleisten.

Am Beispiel der jährlichen Strukturhebung im Dienstleistungssektor, die erstmals 2001 für das Geschäftsjahr 2000 realisiert wurde, werden ein modernes Stichprobenkonzept sowie die damit korrespondierenden Entlastungen für die befragten Unternehmen anschaulich dargestellt.

Mehr über dieses Thema auf Seite 165.

Kleinste Getreideernte seit zehn Jahren

In diesem Jahr wurden in Rheinland-Pfalz nach vorläufigen Ergebnissen nur 1,26 Mill. t Getreide (ohne Mais) geerntet. Gegenüber dem Vorjahr waren das über 9% weniger. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2002 war der Rückgang mit 14% sogar noch größer. Ein vergleichbar schlechtes Ergebnis war letztmalig 1994 erzielt worden. Bundesweit lag die Erntemenge mit 36,11 Mill. t ebenfalls um 9% unter dem Vorjahr. Ursachen für die negative Entwicklung waren die Trockenheit, die größere Auswinterung sowie der Rückgang der Anbaufläche auf 240 600 ha. Von dem in Rheinland-Pfalz geernteten Getreide entfielen knapp 71% auf die beiden Getreidearten Winterweizen und Sommergerste. Bundesweit trägt Rheinland-Pfalz nur 2,8% zur deutschen Winterweizenernte bei. Von der deutschen Sommergersteproduktion kommen dagegen 10,4% aus Rheinland-Pfalz; dies zeigt die Bedeutung von Rheinland-Pfalz als Braugerstenstandort.

Die Kartoffelerträge erreichten trockenheitsbedingt nur 287 dt/ha (-11%). Zusammen mit der Anbaueinschränkung (-14%) errechnet sich eine Kartoffelernte

von voraussichtlich nur 235 900 t. Damit wird die bisher kleinste Menge aus dem Jahr 2001 um 31 900 t unterschritten. Bundesweit liegt die Kartoffelernte (9,8 Mill. t) um 17% unter dem langjährigen Mittel (11,7 Mill. t).

Der zunehmende Pro-Kopf-Verbrauch von Gemüse erzeugt eine steigende Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Produkten. Innerhalb von gut zehn Jahren hat sich daher die Gemüseanbaufläche auf mittlerweile 14 600 ha verdoppelt. Größere Ernteauffälle wegen der Trockenheit waren bei Gemüse dank der Bewässerungsmöglichkeiten in der pfälzischen Rheinebene nicht zu verzeichnen.

Den Reben kamen die diesjährigen Witterungsverhältnisse im Allgemeinen entgegen. Die hohen Temperaturen sorgten für eine Beschleunigung der Rebenentwicklung und legten gleichzeitig die Grundlagen für einen qualitativ sehr guten Weinjahrgang. Anfang Oktober wurde eine voraussichtliche Erntemenge von 5,7 Mill. hl geschätzt; der zehnjährige Durchschnitt liegt bei 6,6 Mill. hl.

Mehr über dieses Thema auf Seite 170.

Immer kürzer im Krankenhaus

Aufenthaltsdauer sinkt auf durchschnittlich 8,6 Tage

Bei 8,6 Tagen lag im vergangenen Jahr die durchschnittliche Krankenhausaufenthaltsdauer in Rheinland-Pfalz. 845 000 Patientinnen und Patienten, für die insgesamt gut 7,3 Mill. Pflage tage erbracht wurden, ließen sich stationär behandeln. Die 26 400 Betten in den 111 Krankenhäusern waren zu rund 76% ausgelastet.

Damit setzte sich der in den vergangenen Jahren beobachtete Trend fort: Obwohl mehr Patientinnen und Patienten stationär behandelt werden, sinkt die Zahl der erbrachten Pflage tage, weil sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer reduziert. Medizinischer Fortschritt, aber auch Reformen im Gesundheitswesen, die auf mehr Effizienz zielen, sind hierfür Ursachen. Zum Vergleich: Im Jahr 1992 wurden 731 000 Patientinnen und Patienten stationär behandelt, für die 9 Mill. Pflage tage erbracht wurden. Die durchschnittliche Verweildauer lag damals bei 12,3 Tagen.

Ein Beitrag, Krankenhausaufenthalte zu verkürzen bzw. zu vermeiden, sind vor- und nachstationäre Behandlungen; solche Angebote wurden im vergangenen Jahr in mehr als 75 400 Fällen wahrgenommen. Statistische Daten über diese Behandlungen wurden im Jahr 2002 erstmals erhoben.

Die Krankenhauslandschaft in Rheinland-Pfalz hat sich in den vergangenen zehn Jahren stark verändert. Neun Krankenhäuser wurden seit 1992 aufgegeben, fu-

kurz + aktuell

sionierten mit anderen Krankenanstalten oder verlagerten ihr Leistungsangebot auf den Bereich der Vorsorge und Rehabilitation. Durch diese Reduzierung sowie durch Einsparungen in den verbleibenden Häusern sank die Bettenzahl um 8%.

Dieser Bettenabbau wäre noch deutlicher ausgefallen, wenn die Allgemeinkrankenhäuser ihr Behandlungsangebot im psychiatrischen Bereich nicht deutlich ausgedehnt hätten. Dies ist eine Folge der noch laufenden Psychiatriereform, die darauf abzielt, bedarfsgerechte Hilfen für psychisch kranke Menschen dort anzubieten, wo sie leben und arbeiten. Zur Sicherung einer wohnortnahen Versorgung entstanden parallel zum Ausbau der Kapazitäten in Allgemeinkrankenhäusern in den vergangenen zehn Jahren drei Tageskliniken sowie zwei psychiatrische Fachkrankenhäuser neu. Die ehemals zentralen Versorgungskliniken in Alzey, Andernach und Klingenmünster wurden verkleinert.

5 900 Ärztinnen und Ärzte kümmern sich in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern um die Patienten

An den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern waren Ende vergangenen Jahres mehr als 5 900 Ärztinnen und Ärzte tätig. Mehr als 5 100 Ärztinnen und Ärzte standen in einem hauptamtlichen Beschäftigungsverhältnis zu einem der 111 Krankenhäuser. Darüber hinaus wirkten fast 370 freipraktizierende Belegärztinnen und -ärzte an der stationären Versorgung der Patientinnen und Patienten mit. Weitere rund 400 Personen waren als Ärztin/Arzt im Praktikum beschäftigt, das heißt, sie absolvierten an einem der rheinland-pfälzischen Krankenhäuser die 18 Monate dauernde Ausbildungszeit, die sich an die ärztliche Prüfung anschließt. Insgesamt hatten die Krankenhäuser Ende vergangenen Jahres rund 51 200 Beschäftigte.

Übernachtungszahlen im August auf Vorjahresniveau

Weniger Gäste, aber annähernd so viele Übernachtungen wie ein Jahr zuvor: Diese Bilanz ergibt sich für den Ferienmonat August. Trotz des anhaltend schönen Wetters kamen nur 717 000 Gäste, 4,7% weniger als im August 2002; die Zahl der Übernachtungen lag mit 2,55 Mill. auf dem Niveau des Vorjahresmonats. Den Gästerrückgang bekamen alle Ferienregionen zu spüren.

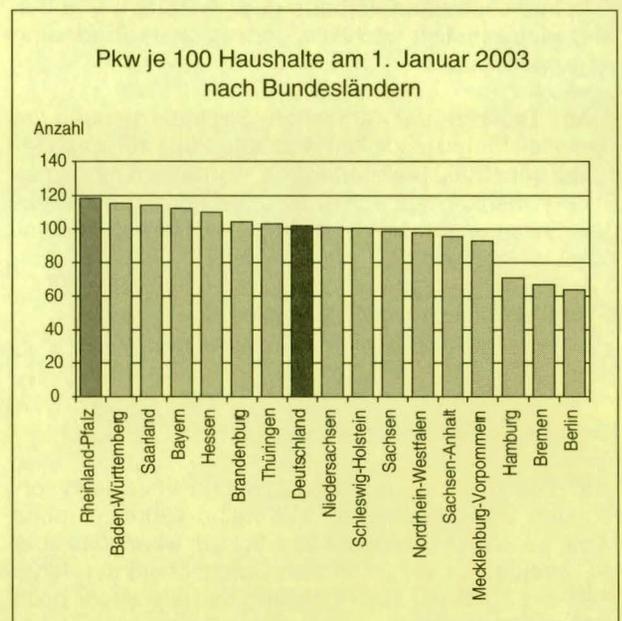
Trotz des Rückgangs im August hat sich der Tourismus in Rheinland-Pfalz im bisherigen Jahresverlauf etwas besser entwickelt als im Vorjahr. Bis einschließlich August kamen knapp 4,4 Mill. Gäste, die mehr als 13,7 Mill. Übernachtungen buchten. Das entspricht Zunahmen von 0,3 bzw. 0,4% gegenüber dem Vorjahr.

Auf 100 Haushalte kommen fast 119 Pkw

Rheinland-Pfälzer bevorzugen gebrauchte Autos

In keinem anderen Bundesland sind die Privathaushalte so gut mit Pkw ausgestattet wie in Rheinland-Pfalz. Aus den Erhebungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 geht hervor, dass auf 100 Haushalte fast 119 Personenwagen kommen. Bundesweit liegt dieser Wert bei 102. Rund 16% aller Haushalte in Rheinland-Pfalz verfügen nicht über einen Pkw. Bundesweit sind es 23%.

Die meisten Pkw in Privathaushalten sind gebraucht gekauft. Auf 100 rheinland-pfälzische Haushalte kommen mehr als 70 Autos, die einen oder mehrere Vorbesitzer hatten, gut 44 Neuwagen und vier geleaste Pkw.



Mehr Verkehrstote in den ersten neun Monaten

273 Menschen sind von Januar bis September in Rheinland-Pfalz bei Verkehrsunfällen getötet worden. Das waren sieben mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Verkehrsunfälle lag in den ersten drei Quartalen mit rund 91 000 ebenso auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums wie die der Schwerverletzten (3 800) und der Leichtverletzten (15 000).

Im September waren 25 Verkehrstote zu beklagen, rund 450 Menschen wurden schwer, knapp 1 900 leicht verletzt.

Vorteile durch vermehrten Übergang auf Stichprobenerhebungen am Beispiel der Dienstleistungsstatistik

Im Rahmen des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik findet aktuell eine Diskussion statt, in der die Entlastung der befragten Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger als ein zentrales Anliegen der statistischen Ämter der Länder und des Bundes verankert ist. Eine weitergehende Entlastung kann nicht zuletzt auch durch die Optimierung der Datenerhebung gelingen, indem die vermehrte Einführung und methodische Weiterentwicklung von Stichprobenverfahren forciert wird.

Stichprobenverfahren werden seit vielen Jahren mit gutem Erfolg bei der Erhebung und Aufbereitung amtlicher Statistiken angewandt. Ihr vielseitiger Einsatz beruht auf einer Reihe von Vorzügen: Die Beschränkung der Datenerhebung auf eine Teilmasse bedeutet gleichzeitig, den Umfang der zu bearbeitenden Datenmenge herabzusetzen. Das heißt weniger Befragungen, geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung sowie schnellere Fertigstellung der Ergebnisse.

Bei manchen Aufgabenstellungen ist es von vornherein notwendig, ein Stichprobenverfahren anzuwenden, weil eine vollständige Erfassung der Grundgesamtheit aus Kostengründen ausgeschlossen ist. Stichprobenverfahren können außerdem vorteilhaft eingesetzt werden bei der Vorwegaufbereitung wichtiger Eckzahlen von Vollerhebungen, der repräsentativen Aufbereitung von sekundärstatistischem Material und zur Kontrolle der Datenqualität vorhergehender Erhebungen.

Auf der anderen Seite sind aber auch der Anwendung der Stichprobenverfahren Grenzen gesetzt, wenn der Anspruch erhoben wird, eine sehr tiefe sachliche und regionale Gliederung zu gewährleisten. Zudem werden Vollerhebungen häufig als Auswahlgrundlage für das Ziehen nachfolgender Stichproben sowie im Bedarfsfall als Basis für die Durchführung gebundener Hochrechnungen herangezogen. Diesen Aspekten wird mittlerweile jedoch das Unternehmensregister als zentrales Auswertungs- und Steuerungsinstrument, zumindest für Erhebungen, die auf Unternehmen zurückgreifen, mehr und mehr gerecht.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die so genannten Zufallsfehler der Stichprobenerhebungen als nachteilig in Kauf genommen werden müssen, um die zahlreichen Vorteile nutzen zu können. So weichen die Ergebnisse von Stichprobenstatistiken von den Ergebnissen einer Vollerhebung mehr oder weniger stark ab. Bei der praktischen Verwendung von Stichprobenergebnissen muss deshalb stets ihr Fehlerbereich berücksichtigt werden. Bei Stichproben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen worden sind, lässt sich der Fehlerbereich berechnen, in dem mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit der wahre Wert liegt.

Am Beispiel der jährlichen Strukturhebung im Dienstleistungssektor, die erstmals 2001 für das Geschäftsjahr 2000 realisiert wurde, lassen sich ein modernes Stichprobenkonzept sowie die damit korres-

pondierenden Entlastungen für die befragten Unternehmen anschaulich darstellen. Die Ausgestaltung der Dienstleistungsstatistik lediglich als Stichprobenerhebung und die Reduzierung der Auskunftspflicht für kleine Unternehmen sind Beispiele für das generelle Bemühen der amtlichen Statistik, die Belastung der Befragten so gering wie möglich zu halten.

Auskunftspflicht verbessert die Ergebnisse von Stichprobenerhebungen

Antwortausfälle erschweren die zuverlässige Ergebnisdarstellung bei Stichprobenerhebungen. So können sie unter Umständen zu Verzerrungen bei der Hochrechnung führen. Auch für die Dienstleistungsstatistik wurde daher eine Auskunftspflicht angeordnet.

Auskunftspflichtig sind gemäß § 5 Dienstleistungstatistikgesetz die Inhaber oder Leiter der Unternehmen oder die Inhaber oder Leiter der Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit. Die Auskunftspflicht, wie sie im Bundesstatistikgesetz und in vielen speziellen statistischen Rechtsgrundlagen – so auch im Dienstleistungstatistikgesetz – geregelt ist, schränkt das Persönlichkeitsrecht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Diese Einschränkungen muss der Einzelne im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen. Ob Auskunftspflichten stets gerechtfertigt sind, auch das steht im Bundesstatistikgesetz, ist zu prüfen. Es muss also im Interesse des Bürgers hinterfragt werden dürfen, ob Auskunftspflicht ein Dogma ist oder ob gemäß § 5 Abs. 4 Bundesstatistikgesetz auch ohne Auskunftspflicht ausreichende Ergebnisse erreicht werden können.

Warum wird diese Dienstleistungsstatistik benötigt?

Nachdem bereits Ende der 1980er und in noch stärkerem Maße in den 1990er Jahren Piloterhebungen zum Dienstleistungsbereich stattfanden, bedeutende nationale Vertreter aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eine bessere Darstellung des Dienstleistungssektors in der amtlichen Statistik forderten, Gesetzentwürfe konzipiert wurden und zudem die Anforderungen auf EU-Ebene an Bedeutung gewannen, konnte Anfang 2001 das Dienstleistungstatistikgesetz in Kraft treten.

Die Nachfrage nach zuverlässigen Daten kam darüber hinaus auch aus den Reihen der amtlichen Statistik: So werden für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassende und valide Strukturdaten für den Verkehr sowie die Wirtschaftsbereiche unternehmensnaher und marktfähiger Dienstleistungen benötigt.

Der Stellenwert der Dienstleistungen ist in der wirtschaftspolitischen Diskussion zusehends gewachsen, da diesem Sektor ein großes Potenzial zur Erhöhung der Wirtschaftsdynamik und damit der Beschäftigung beigemessen wird. Die lange geforderte Dienstleis-

tungsstatistik schließt endlich eine gravierende Datenlücke und stellt eine wichtige Weiterentwicklung im statistischen Gesamtbild dar.

Welche Bedeutung hat der Dienstleistungssektor ?

Die Dienstleistungsstatistik konzentriert sich zunächst auf die Abschnitte I und K der Wirtschaftszweigsystematik, so dass sich der Erhebungsbereich wie folgt darstellt:

Abschnitt I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung

- Personen- und Güterbeförderung auf Straße und Schiene
- Schifffahrt
- Luft- und Raumfahrt
- Spedition, Lagerei und weitere Hilfstätigkeiten
- Reisebüros und Reiseveranstalter
- Post-, Kurier- und Fernmeldedienste

Abschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

- Grundstücks- und Wohnungswesen (Immobilien-sektor)
- Vermietung beweglicher Sachen (Mobilien)
- Hardwareberatung, Softwarehäuser u. Ä.
- Forschung und Entwicklung in Gesellschafts- und Naturwissenschaften
- „unternehmensnahe“ Dienstleistungen (z.B. Rechts-, Steuer- und Unternehmensberater, Markt- und Meinungsforscher, Architekten, Ingenieure, Werbedienstleister, Arbeitskräftevermittler und Detekteien)

Im Jahr 2002 vereinigten die beiden Wirtschaftsbereiche I und K in Rheinland-Pfalz ein gutes Viertel der gesamten nominalen Bruttowertschöpfung auf sich. Der Abschnitt K kommt – alleine betrachtet – schon auf ein gutes Fünftel der gesamten Bruttowertschöpfung. Darüber hinaus lässt sich in einer längerfristigen Betrachtung erkennen, dass im Abschnitt K, der freilich sehr heterogen strukturiert ist, in den 1990er Jahren eine sehr günstige Entwicklung zu beobachten war: Wird hier – wiederum an der Bruttowertschöpfung gemessen – dem Jahr 1991 der Index 100 zugewiesen, fallen die überdurchschnittlich hohen Zuwächse im Bereich K auf. Dies gilt sowohl im Vergleich zur Bruttowertschöpfung insgesamt wie auch im Vergleich zum Bereich I Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Vergleich zwischen Total- und Stichprobenerhebung am Beispiel der Dienstleistungsstatistik

Dieser Vergleich konzentriert sich auf drei zentrale Kernaussagen, kann hierbei jedoch lediglich Näherungswerte liefern:

- a) Stichprobenerhebungen verursachen im Statistischen Landesamt im Vergleich zu Totalerhebungen deutlich geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung der Daten:

Kriterium	Stichprobe	Totalerhebung
Kosten im Statistischen Landesamt	175 000 EUR	820 000 EUR

Hier werden neben den Personal- und Sachkosten in der Fachabteilung auch Kosten im IT-Bereich berücksichtigt. Die genannten Beträge beziehen sich auf das Jahr 2000. Im Vergleich zu einer Totalerhebung im Dienstleistungssektor lässt die Stichprobenbefragung eine Einsparung von ca. 645 000 Euro zu.

- b) Stichprobenerhebungen verursachen eine sehr viel geringere Belastung der berichtspflichtigen rheinland-pfälzischen Wirtschaft:

Kriterium	Stichprobe	Totalerhebung
Zeitaufwand für die Berichtspflichtigen	8 000 Stunden	40 000 Stunden
Kosten für die Berichtspflichtigen	320 000 EUR	1,5 Mill. EUR

Bei der Dienstleistungsstichprobe werden in allen berichtspflichtigen Unternehmen ca. 8 000 Stunden benötigt, um die Erhebungsbogen zu bearbeiten. Der zeitliche Aufwand bei einem entsprechenden Zensus würde sich näherungsweise auf das Fünffache erhöhen. Bezüglich der Kosten wird deutlich, dass die berichtspflichtige Wirtschaft um fast 1,2 Mill. Euro entlastet wird, wenn die Daten durch eine Stichprobenerhebung gewonnen werden. Diese Berechnungen basieren zum Teil auf Erfahrungswerten des Statistischen Bundesamtes im Zusammenhang mit dort durchgeführten Belastungsstudien sowie auf Erkenntnissen, die in den statistischen Landesämtern im Kontakt mit den Berichtspflichtigen gewonnen wurden.

- c) Mit Hilfe von Stichprobenerhebungen ist – nicht zuletzt auch im Interesse der Datenkonsumenten – eine viel schnellere Fertigstellung der Ergebnisse zu erwarten. Dies lässt sich dokumentieren, indem man beispielsweise den letzten Zensus im Handel und Gastgewerbe (Geschäftsjahr 1992) mit der aktuellen Dienstleistungsstatistik (Geschäftsjahr 2000) vergleicht:

In der Dienstleistungsstichprobe gelingt die Ergebniserstellung nach dem Unternehmenskonzept etwa 8,5 Monate früher, als dies in der letzten Handels- und Gaststättenzählung der Fall war.

Die Erstellung der Ergebnisse nach dem länderscharfen Arbeitsstättenkonzept gelingt in der Dienstleistungsstatistik 17 Monate früher, das heißt beinahe in der Hälfte der Zeit, die beim Handels- und Gastgewerbezensus benötigt wurde.

Ein Vergleich dieser beiden Erhebungen kann letztlich als praktikabel eingestuft werden, weil die Relation zwischen Personal- und Sachkosten auf der einen Seite sowie Fallzahlen und Erhebungsumfang auf der anderen Seite ganz ähnliche Relationen aufweisen, hierbei die Kosten auf den Kalkulationsgrundlagen für das Jahr 2000 ausgerichtet wurden, die Arbeitsabläufe im Aufbereitungsverfahren zudem wesentliche Analogien (Erstellung von Unterneh-

Unternehmensergebnis		Arbeitsstättenergebnis	
Handels- und Gaststättenzählung	Dienstleistungsstatistik	Handels- und Gaststättenzählung	Dienstleistungsstatistik
<i>Welcher Zeitraum war nach Ende des entsprechenden Geschäftsjahres erforderlich, um Ergebnisse zu erstellen?</i>			
25 Monate (Januar 1995)	16,5 Monate (Mai 2002)	35 Monate (Dezember 1995)	18 Monate (Juli 2002)

mens- und Arbeitsstättenergebnissen¹⁾) aufweisen und letztlich in beiden Erhebungen aus fachlicher Sicht annähernd vergleichbare Dienstleistungsbereiche befragt wurden.

Stichprobenmethode und Erhebungskonzept

Eine repräsentative Stichprobe ist ohne Kenntnis der Grundgesamtheit nicht möglich. Bevor eine Stichprobe gezogen wird, ist daher immer eine Bestimmung der Grundgesamtheit erforderlich. Die Grundgesamtheit für die Dienstleistungsstatistik ist die Gesamtheit aller Unternehmen, die schwerpunktmäßig Dienstleistungen im Sinne der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Abschnitte I und K, ausüben. Als Auswahlgrundlage war für die Erhebung 2002 das Unternehmensregister zum Stand Ende Dezember 2000 vorgesehen.

In der Praxis der Dienstleistungsstatistik erweist sich die Bestimmung der Grundgesamtheit als nicht ganz problemlos. Diese Aussage gilt jedoch gleichermaßen für die Ermittlung der Grundgesamtheit der Unternehmen aus den Ergebnissen einer Totalzählung wie auch für die Festlegung der Grundgesamtheit anhand des Unternehmensregisters. Bei jeder Ermittlung einer Grundgesamtheit, gleichgültig, nach welchem Verfahren oder ausgehend von welchem Material die Ermittlung erfolgt, können folgende Fehler auftreten:

1. Unternehmen können im Ausgangsmaterial falschen Wirtschaftszweig-Positionen zugeordnet sein, so dass
 - a) Unternehmen dem Dienstleistungsbereich zugeordnet sind, obwohl sie keine oder nicht überwiegend Dienstleistungen anbieten; diese Fälle werden im Rahmen des laufenden Erhebungs geschäfts aufgeklärt,
 - b) Unternehmen nicht den Abschnitten I und K zugeordnet sind, obwohl sie überwiegend entspre-

chende Dienstleistungen erstellen; diese Fälle werden im Rahmen der Stichprobenziehung und der laufenden Dienstleistungsstatistik nicht aufgeklärt und führen zu einer Untererfassung.

2. Unternehmen sind im Ausgangsmaterial zwar vorhanden, aber in der Wirklichkeit nicht mehr existent („Karteileichen“). Sofern dieser Effekt in größerem Umfang auftritt, kann er den Stichprobenplan und die Repräsentativität stören.
3. Unternehmen sind im Ausgangsmaterial mit einer falschen Adresse gespeichert und daher nach der Stichprobenziehung nicht oder nur mit größerem Aufwand auffindbar.
4. Unternehmen sind im Ausgangsmaterial zwar der richtigen Wirtschaftszweig-Position zugeordnet, sie sind existent und mit der richtigen Adresse vermerkt, aber mit einem falschen Umsatz bzw. einer falschen Beschäftigtenzahl versehen. Das führt bei der Stichprobenziehung zur Vergabe eines falschen Hochrechnungsfaktors und kann die Repräsentativität ebenfalls negativ beeinflussen.
5. Unternehmen sind im Ausgangsmaterial (noch) nicht vorhanden.

Diese Fehlerquellen werden natürlich umso kleiner, je genauer und aktueller das Ausgangsmaterial ist. Die Qualität der Stichprobenergebnisse hängt somit entscheidend von der Qualität der Kenntnisse über alle Unternehmen der Grundgesamtheit ab.

Der Auswahlsatz der Stichprobe der Dienstleistungsstatistik beläuft sich für ganz Deutschland auf 15%. Um auch für die kleineren Länder ausreichend belastbare Ergebnisse erzielen zu können, variieren die Prozentsätze von Land zu Land. Für Rheinland-Pfalz als einem kleineren Flächenland ergibt sich laut Stichprobenplan bei einer Auswahlgesamtheit von ca. 37 000 Unternehmen daher ein überdurchschnittlicher Auswahlsatz von gut 20%. Somit wird in Rheinland-Pfalz durchschnittlich jede fünfte Einheit befragt; das sind 7 400 Unternehmen.

Fast 30 000 Unternehmen sind von der Auskunftserteilung entlastet

Vier Fünftel der Unternehmen werden also nicht mit der Dienstleistungsstatistik konfrontiert. Im Vergleich zu einer entsprechenden Totalerhebung werden insofern annähernd 30 000 Unternehmen von der Auskunftserteilung entlastet.

Als Lösungsansätze für die Dienstleistungsstatistik bieten sich vor allem die einfache und die geschichtete Zufallsauswahl an²⁾. Die Weiterentwicklung der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung zum einen so-

1) Grundsätzlich werden die Ergebnisse regional nach dem Hauptsitz der Unternehmen gegliedert. Das heißt, dass das gesamte Unternehmen in dem Land dargestellt wird, in dem es seinen Hauptsitz hat. Hieraus resultieren zunächst die so genannten Unternehmensergebnisse. Da aber große Unternehmen oftmals Niederlassungen (Betriebe) auch in anderen Bundesländern unterhalten, sieht das Konzept der Dienstleistungsstatistik vor, dass diese Unternehmen ihre Hauptmerkmale auch nach Ländern zu gliedern haben. Damit ist es möglich, für die Angaben zu Umsatz, tätigen Personen, Bruttolöhnen und -gehältern sowie Investitionen auch länderbereinigte Arbeitsstättenergebnisse darzustellen. Dabei werden die Unternehmensergebnisse einerseits um die Angaben von jenen Niederlassungen bereinigt, die sich in einem anderen Bundesland befinden, aber zu einem Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz gehören. Andererseits erhalten die Länder auch die Ergebnisse von Niederlassungen mit Unternehmenshaupt-sitz in einem anderen Bundesland. Damit kann die wirtschaftliche Leistungskraft der einzelnen Bundesländer realitätsgetreu abgebildet werden.

2) Auf nicht zufällige Stichproben, die in der amtlichen Statistik ebenfalls Anwendung finden (z. B. nicht zufällige Auswahl von typischen Gütern und Marktorten in der Preisstatistik, Quotenauswahlverfahren in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Abschneideverfahren im produzierenden Gewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe), wird hier nicht eingegangen. Selbstverständlich lassen sich mit diesen Verfahren auch nennenswerte Entlastungen des Bürgers bzw. der Unternehmen erzielen.

wie die Anforderungen an die amtliche Statistik zum anderen führen heute mehr und mehr zur Anwendung geschichteter Zufallsauswahlen – so auch in der Dienstleistungstatistik. Bei der Schichtung wird eine vollständige Zerlegung der Auswahlgesamtheit in mehrere überschneidungsfreie Gruppen vorgenommen. Damit die Präzision der Stichprobenergebnisse nicht nur für die Erhebungsgesamtheit insgesamt, sondern auch in der gewünschten fachlichen Gliederung der Ergebnisse gesteigert werden kann, wird in mehrfacher Hinsicht geschichtet.

In regionaler Hinsicht erfordert z. B. die Erstellung von Länderergebnissen immer eine Schichtung nach Bundesländern, in fachlicher Hinsicht sind z. B. zuverlässige Wirtschaftszweigergebnisse nur durch Schichtung nach Wirtschaftszweigen erreichbar. Darüber hinaus wird die Präzision der fachlichen Teilergebnisse noch weiter gesteigert, indem die bereits gebildeten Schichten nach Merkmalsgrößenklassen (etwa Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen) untergliedert werden.

Auch die Stichprobe im Dienstleistungssektor ist entsprechend dreifach geschichtet:

1. Schichtung:
Unterteilung der Grundgesamtheit nach 16 Bundesländern.
2. Schichtung:
Innerhalb jedes Bundeslandes erfolgt eine Schichtung nach Wirtschaftsklassen (4-Steller der WZ 93). Hieraus resultieren 68 Schichten.
3. Schichtung:
Innerhalb jeder so gebildeten Schicht erfolgt zusätzlich eine Schichtung nach Umsatz- bzw. Beschäftigtengrößenklassen; das sind 12 Schichten.

Für Deutschland wurden also insgesamt gut 13 000 Schichten konstruiert. Für Rheinland-Pfalz sind es, resultierend aus der zweiten und dritten Schichtung, letztlich 816 Schichten.

Auch im Hinblick auf die möglichst weitgehende Entlastung der Bürger bzw. der Wirtschaft von administrativen Aufgaben sei an dieser Stelle erwähnt, dass der Repräsentationsgrad von bundesdurchschnittlich höchstens 15% aller Einheiten in den einzelnen Wirt-

schaftszweigen und Größenklassen variiert. Er kann in einzelnen Schichten 15% deutlich überschreiten und bis zu Totalerhebungen führen. So sind innerhalb der dritten Schichtung die obersten Größenklassen jeweils so angelegt, dass sie Totalschichten darstellen. Die Unternehmen dieser Schicht werden alle in die Stichprobe aufgenommen und erhalten den Hochrechnungsfaktor 1,0. Es handelt sich um die Großunternehmen der jeweiligen Branche, auf die in der Dienstleistungsstichprobe wegen ihrer ökonomischen Bedeutung nicht verzichtet werden kann.

Stichprobe begünstigt kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler

Andererseits befindet sich die ganz überwiegende Zahl der Unternehmen in so genannten Repräsentativschichten und profitiert konkret von den schichtspezifischen Auswahlabständen. Der Auswahlabstand ist umso größer, je mehr Unternehmen in einer Schicht vertreten sind. Das ist vor allem der Fall in den Größenklassen mit geringem Umsatz bzw. wenigen Beschäftigten, womit die überwiegende Zahl der wirtschaftlich tätigen Unternehmen tatsächlich in den Genuss einer konkreten Entlastung kommt. In den gut besetzten Schichten müssen also nur relativ wenige ausgewählte Unternehmen Auskünfte erteilen, das heißt der so genannte Auswahlatz³⁾ ist vergleichsweise klein.

Die zahlenmäßig besonders gut besetzten Größenklassen 5 bis 9, die hier auszugsweise dargestellt werden, liegen bezüglich des Umsatzes in der Bandbreite von 50 000 DM am unteren Ende bis unter 2 Mill. DM⁴⁾ Jahresumsatz am oberen Ende und grenzen sich wie unten wiedergegeben gegeneinander ab.

Wie lassen sich diese Unterteilungen bei der Stichprobenziehung berücksichtigen? Einer konkreten Größenklasse gehört ein Unternehmen an, wenn es die Bedingung A bzw., falls der Umsatz fehlt, die genannte Bedingung B erfüllt. In der Wirtschaftsklasse „Architektur- und Ingenieurbüros“ sieht das beispielsweise wie folgt aus: Von ca. 4 500 Einheiten wurden annähernd 550 Unternehmen gezogen; das ist jedes achte Unternehmen. In der Größenklasse 5 (50 000 bis unter 100 000 DM) liegt der Hochrechnungsfaktor bei 18,73; das heißt, von 974 Unternehmen in Klasse 5 wurden genau 52 gezogen. Allein in dieser zugebenermaßen gut besetzten Größenklasse ist es demnach möglich, 922 Unternehmen nicht zu befragen.

Die in dieser Art und Weise erstellten Repräsentativergebnisse treffen den tatsächlichen Wert in aller Regel recht genau. Dass statistische Ergebnisse der Stichprobenerhebungen nicht exakt mit dem „wahren“ Wert übereinstimmen, hat zwei Ursachen. Einerseits gibt es

3) Bei einem Auswahlatz von 0,25 (d. h. es wird aus dieser Schicht jedes vierte Unternehmen in die Stichprobe aufgenommen) ergibt sich ein Hochrechnungsfaktor von 4 für alle gezogenen Unternehmen dieser Schicht. In den unteren Größenklassen kann der Auswahlatz sogar unter 0,1 sinken und der Hochrechnungsfaktor (= Kehrwert des Auswahlatzes) auf über 10 steigen. Im Handel wurden sogar Schichten gebildet, in denen der Hochrechnungsfaktor über 40 liegt.

4) Die Umsatzgrößenklassen des ursprünglichen Stichprobenplanes wurden vor der Euro-Einführung noch nach DM-Werten abgegrenzt.

Größenklasse	Bedingung A – Umsatz (U) in 1 000 DM –				Bedingung B – Anzahl der tätigen Personen (TP) –					
5	50	≤	U	<	100	5	≤	TP	<	10
6	100	≤	U	<	250	10	≤	TP	<	20
7	250	≤	U	<	500	20	≤	TP	<	50
8	500	≤	U	<	1 000	50	≤	TP	<	100
9	1 000	≤	U	<	2 000	100	≤	TP	<	250

Stichprobenzufallsfehler und andererseits lassen sich so genannte systematische Fehler finden.

– Zufallsfehler resultieren daraus, dass nur ein Teil der Gesamtheit befragt wird und die Zusammensetzung der Stichprobe vom Zufall abhängt. Derartige Stichprobenfehler sind der Preis für die zahlreichen Vorzüge, die Stichprobenerhebungen hinsichtlich der verminderten Kosten, der Entlastung von Befragten und der zügigeren Ergebniserstellung besitzen. In Stichproben, die auf Zufallsauswahlen beruhen, kann die Größenordnung der Zufallsfehler jedoch zuverlässig abgeschätzt werden. Gängiges Maß hierfür ist der relative Standardfehler.

– Den Zufallsfehlern stehen systematische Fehler gegenüber, die u. a. auf Mängel der Abgrenzung der Erhebungsgesamtheit oder der Erhebungs- und Aufbereitungstechnik zurückzuführen sind. Sie können nur durch aufwändige Kontrollerhebungen nachgewiesen werden.

Entlastung geht noch weiter: Verkürzter Fragebogen bei weniger als 250 000 Euro Jahresumsatz

Kleinere Unternehmen, die einen Jahresumsatz von weniger als 250 000 Euro erzielen, haben einen deutlich kleineren Fragenkatalog (sie müssen 14 Angaben machen) zu bewältigen als größere Einheiten mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro und mehr, die bis zu 31 Angaben machen müssen. Es sind also gerade die kleinen und mittleren Unternehmen (etwa 5 000 berichtspflichtige Einheiten), deren durchschnittlicher Aufwand im Vergleich zu den größeren Firmen mehr als halbiert wird.

Eine weitere spürbare Entlastung gelingt durch die Vermeidung von Doppelbefragungen. So bestimmt das Dienstleistungsstatistikgesetz, dass berichtspflichtige Unternehmen nicht auch noch zur Kostenstrukturstatistik melden müssen. Umgekehrt müssen Dienstleistungshandwerker, wie etwa die Gebäudereiniger, die bereits Daten zur vierteljährlichen Handwerksberichterstattung beisteuern, nicht auch noch zur Dienstleistungsstatistik melden, weil im Rahmen der Stichprobenziehung eine – gewissermaßen statistikübergreifende – Rotation gegen die Stichprobe der Handwerksberichterstattung durchgeführt wurde.

Eine Rotation ist aber auch innerhalb der Dienstleistungsstatistik vorgesehen: Im Abstand von drei Jahren soll aus der Grundgesamtheit eine völlig neue Stichprobe gezogen werden. Dieses Vorhaben hat zwei Gründe:

1. Eine neue Stichprobe erhöht im Allgemeinen die Repräsentativität, indem bei der Auswahl die zwischenzeitlich geänderte Struktur berücksichtigt wird.

2. Auskunftspflicht ist für die Unternehmen mit Belastungen verbunden. Durch eine neue Stichprobe mit Rotation (das heißt, dass die Unternehmen, die bisher auskunftspflichtig waren, nicht in die neue Stichprobe gezogen werden) wird die Auskunftsbelastung auf neue Unternehmen übertragen. So wird auch langfristig eine gleichmäßigere Belastung aller Unternehmen erreicht.

Zu ergänzen bleibt, dass Unternehmen der Total-schicht nicht „rotieren“ können. Und auch in Repräsentativschichten, die nur relativ wenige Einheiten aufweisen, können möglicherweise nicht alle Unternehmen „rotieren“. Sind in einer Schicht z. B. zehn Unternehmen und sollen aus dieser Schicht nach dem Stichprobenplan bei einer späteren Ziehung sechs Unternehmen gezogen werden, kann genau ein Unternehmen nicht ausgewechselt werden.

Welche flankierenden Maßnahmen zur erfolgreichen Realisierung eines Stichprobenkonzeptes sind sinnvoll?

Die Unternehmensfluktuation im Dienstleistungssektor ist – ähnlich der im Handel – vergleichsweise groß, deutlich größer als zum Beispiel im verarbeitenden Gewerbe. Den zahlreichen Geschäftsaufgaben stehen andererseits laufend Neugründungen gegenüber. Dementsprechend müssen als Ersatz für die aus dem Berichtskreis ausgeschiedenen Unternehmen neugegründete Einheiten in den Berichtskreis aufgenommen werden.

Demgemäß wurde bereits für die zweite Jahreserhebung im Dienstleistungsbereich aus dem Unternehmensregister eine Neugründungsstichprobe gezogen. Neugründungen werden aus der Grundgesamtheit aller Dienstleistungsunternehmen gezogen. Hierbei wäre es falsch, für Unternehmen, die ausgeschieden sind, ausschließlich Unternehmen derselben Branche in die Stichprobe aufzunehmen. Nur aufgrund der branchenübergreifenden Betrachtung aller Neugründungen können allmähliche Änderungen der Branchenzusammensetzung in der Grundgesamtheit auch in der Stichprobe abgebildet werden. Nur so bleibt die Repräsentativität gewahrt.

Auf der anderen Seite werden Stichprobenunternehmen, die nicht oder nicht mehr zur Zielgesamtheit gehören und damit nicht (mehr) auskunftspflichtig sind, als unechte Ausfälle bezeichnet. Hierzu zählen vor allem Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt haben oder schwerpunktmäßig außerhalb des Dienstleistungssektors tätig sind. Der sich daraus ergebende frei werdende Stichprobenumfang wird für eine Auswahl von Neugründungen verwendet.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Erntejahr 2003

– Witterung hatte deutlichen Einfluss auf die Ernteergebnisse –

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Besonderen Erntermittlung brachte die diesjährige Ernte 1,26 Mill. t Getreide (ohne Mais). Gegenüber der Vorjahresernte, für die mit 1,4 Mill. t Getreide ebenfalls kein Spitzenergebnis zu verzeichnen war, sind das über 9% weniger. Eine vergleichbar kleine Menge wurde letztmalig 1994 geerntet. Bundesweit betrug die Erntemenge 36,11 Mill. t. Das sind ebenfalls 9% weniger als im letzten Jahr. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2002 ist der Rückgang in beiden Fällen in der Größenordnung von 14% noch stärker.

Eine wesentliche Ursache für die negative Entwicklung war die Witterung. Zusätzlich wurde die Anbaufläche in Rheinland-Pfalz verringert.

Extreme Witterung im Anbaujahr 2002/2003

Der für das Anbaujahr 2002/2003 ausschlaggebende Witterungsverlauf hielt für die Vegetation gute wie schlechte Verhältnisse bereit. Bestimmend waren fehlende Niederschläge und hohe Temperaturen, die zu trockenheitsbedingten Ertragseinbußen führten. Hinzu kamen im Winter Kahlfröste, die größere Auswinterungen der Getreidebestände hervorriefen als üblich.

Die Aussaat von Winterraps und Wintergerste verlief im September letzten Jahres zwar noch unter guten Bedingungen, die weiteren Bestellarbeiten wurden aber dann im Oktober und November durch hohe Niederschläge stark behindert. Die ausgesäten Getreidebestände wiesen auf Grund der insgesamt eher milden Witterung eine positive Entwicklung auf. In der ersten Dezemberhälfte begann der Winter zunächst mit sehr niedrigen Temperaturen; der Januar brachte aber überdurchschnittliche Niederschläge und war recht mild. In den folgenden drei Monaten wurden dagegen nur geringe Niederschläge registriert. War der Februar durch eine trockene und überwiegend kalte Witterung gekennzeichnet, fiel der erste Frühlingsmonat erheblich zu warm aus und ermöglichte einen Entwicklungsvor-

Anbaufläche, Hektarertrag und Erntemenge für Getreide¹⁾
1990-2003

Jahr	Anbaufläche	Hektarertrag	Erntemenge
	1 000 ha	dt/ha	Mill. t
1990	297,1	49,8	1,48
1991	280,3	51,5	1,44
1992	273,4	52,7	1,44
1993	262,2	49,5	1,30
1994	252,3	50,6	1,28
1995	254,1	53,3	1,35
1996	258,5	60,0	1,55
1997	268,8	59,5	1,60
1998	259,2	59,9	1,55
1999	243,9	58,5	1,43
2000	252,1	58,3	1,47
2001	247,6	56,8	1,41
2002	243,7	57,3	1,40
2003 ²⁾	240,6	52,4	1,26

1) Ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix. – 2) Vorläufig.

sprung. Die Bestellung der Sommerfrüchte konnte unter den herrschenden klimatischen Bedingungen ohne größere Probleme durchgeführt werden.

Die trockene Witterung hielt auch den April über an, wobei allerdings die in der ersten Aprildekade auftretenden Fröste vor allem im Obstbau zu Blüteschäden führten. Auch der Mai fiel zu warm aus, hatte jedoch in Rheinland-Pfalz im Allgemeinen ausreichend Niederschläge, die allerdings das bestehende Niederschlagsdefizit nicht ausgleichen konnten. Der Juni war extrem warm sowie sehr trocken und sonnenreich, wodurch sich das Niederschlagsdefizit noch verstärkte.

Die Vegetation entwickelte sich zügig und die Wintergerstenernte begann in den Frühdruschgebieten gegen Ende Juni. Hitzeperioden und Trockenheit zeichneten den Juli aus, wobei Gewitter regional begrenzt Niederschläge brachten. Die heiße Witterung setzte sich bis in den August fort und die Getreideernte konnte dadurch zwei bis drei Wochen früher als normal beendet werden. Von Vorteil war dabei, dass das Erntegut mit geringen Feuchtigkeitsgehalten eingebracht werden konnte, dafür litten die Hackfrucht- und Maisbestände stark unter der Trockenheit.

Anbauverschiebung zu Gunsten des Sommergetreides

Die Getreidefläche zur Ernte 2003 wurde nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung auf 240 600 ha verringert. Von dieser Fläche wurden 144 900 ha (-10%) für den Anbau von Wintergetreide und 95 800 ha (+16%) für den Anbau von Sommergetreide genutzt. Gründe für die Verschiebung im Anbau zu mehr Sommergetreide dürften einmal die ungünstigen Aussaatbedingungen im Herbst für Winterweizen, die wichtigste Wintergetreideart, und zum anderen die Auswinterung sein. Winterweizen wuchs auf 85 200 ha, das entspricht einer Abnahme zum Vorjahr um 8%. Sommergerste kam auf 79 400 ha, das bedeutet ein Plus von 17%. Wintergerste (33 300 ha), Triticale (14 500 ha) sowie Roggen (8 500 ha) wiesen ebenfalls geringere Anbauflächen als im Vorjahr auf. Die Anbaueinschränkung von Roggen dürfte neben der Witterung auch auf die Diskussionen um die zum Erntejahr 2004 beschlossene Abschaffung der Roggenintervention zurückzuführen sein. Auch der Anbau von Hafer wurde um 800 ha auf 9 600 ha eingeschränkt.

Während sich der Getreideanbau insgesamt rückläufig entwickelte, nahm die Anbaufläche der wichtigsten Ölfucht, des Winterrapses, um 13% auf 30 800 ha zu. Die Zuckerrüben lagen mit 22 000 ha etwa auf dem Vorjahresniveau. Der Kartoffelanbau wurde auf 8 200 ha (-14,3%) reduziert. Die Ackerfutterpflanzen konnten geringfügig auf 28 900 ha zulegen. Die wichtigste Futterpflanze auf dem Ackerland ist Silomais, der um 5,3% auf 16 300 ha zunahm. Flächenmäßig bedeutende Futterpflanzen sind noch Klee und Klee gras (5 500 ha) sowie Feldgras (5 100 ha). Der Anbau von Hülsenfrüchten, insbesondere Futtererbsen, war erneut rückläufig. Sie lagen mit 3 800 ha wieder unter dem Wert des Jah-

Erntermittlungen – eine Kombination aus Messungen und Schätzungen

Grundlage für die Feststellung der Getreideerträge ist die Besondere Erntermittlung (BEE). Sie sieht bei den in die BEE einbezogenen Getreidearten (Winterweizen, Sommer- und Wintergerste, Roggen und Triticale) landesweit Ertragsmessungen auf insgesamt 500 Feldern vor, die nach stichprobenmethodischen Grundsätzen ausgewählt werden.

Der Landwirt wiegt von den ausgewählten Feldern das gesamte Erntegut. Aus Erntemenge und Feldgröße errechnet sich der Hektarertrag als Ergebnis der Besonderen Erntermittlung, der in die bundesweiten Hochrechnungen zur Feststellung der Getreideernte einfließt. Zusätzlich entnimmt der Landwirt Proben und sendet sie an die Landwirtschaftliche Untersuchungsanstalt in Speyer bzw. die Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung in Detmold. Die beiden genannten Institutionen untersuchen die erntefrischen Proben auf Parameter wie Feuchtigkeitsgehalt, Auswuchs oder Backeigenschaften. – Zur Ermittlung der Kartoffelerträge werden im Rahmen der BEE auf 80 Kartoffelfeldern Proberodungen durch Erhebungsbeauftragte vorgenommen.

Neben der BEE findet regelmäßig während der Vegetationszeit eine Ernte- und Betriebsberichterstattung mit dem Ziel statt, Vorausschätzungen zu liefern. Landesweit berichten dazu rund 1 000 Ernteberichterstatterinnen und -berichterstatter. Die Landwirte und Landfrauen im Haupt- und Nebenerwerb oder anderweitig mit der Landwirtschaft befasste Fachleute nehmen ehrenamtlich Ertrags-schätzungen vor. Die Ernte- und Betriebsberichterstattung erstreckt sich auf die Berichtszweige

- Feldfrüchte und Grünland,
- Gemüse und Erdbeeren,
- Obst und
- Weinmost.

Die Ernteberichterstatterinnen und -berichterstatter beurteilen den Wachstumsstand, den Temperaturverlauf und die Niederschläge. Zusätzlich geben sie Schätzungen für Erträge ab. Die Erntemengen werden anhand der geschätzten Hektarerträge und der jeweiligen Anbaufläche aus den Anbauerhebungen berechnet.

res 2000. Damit ist der durch die BSE-Krise ausgelöste Boom der Hülsenfrüchte ohne längerfristige Auswirkungen geblieben. Erweitert wurden die stillgelegten Flächen (32 700 ha), die nicht für einen Anbau von nachwachsenden Rohstoffen genutzt werden. Da sich der Prozentsatz für die stillzulegenden Flächen nicht verändert hat, dürften einige Landwirte ausgewinterte Flächen nachträglich in Stilllegungsflächen umgewandelt haben.

Etwa 3,5% der deutschen Getreideerzeugung stammen aus Rheinland-Pfalz

Der Anteil der rheinland-pfälzischen Getreideproduktion an der deutschen Getreidemenge beträgt 3,5%. Dieser Wert ist geringfügig kleiner als der rheinland-pfälzische Anteil an der gesamten deutschen Anbaufläche, der bei 3,8% liegt. Dies ist zum einen auf die geringere Ertragsniveau, aber auch auf die größere

Anbaufläche, Hektarertrag und Erntemenge 1997-2003 nach Fruchtarten

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	D 1997/2002	2002	2003 ¹⁾	D 1997/2002	2002	2003	D 1997/2002	2002	2003 ¹⁾
	1 000 ha			dt/ha			1 000 t		
Getreide (ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix)	252,6	243,7	240,6	58,4	57,3	52,4 ¹⁾	1 475	1 396	1 260
Weizen	91,3	95,0	89,7	68,3	68,5	59,9 ¹⁾	624	651	537
Winterweizen	87,9	92,6	85,2	68,8	68,8	60,5	605	637	515
Triticale	14,8	16,5	14,5	60,2	55,3	50,1	89	91	73
Roggen	14,1	12,3	8,5	59,3	60,3	48,4	84	74	41
Gerste	114,2	104,1	112,6	51,7	49,1	48,1 ¹⁾	591	512	541
Wintergerste	35,4	36,0	33,3	58,5	60,2	49,8	207	216	165
Sommergerste	78,8	68,1	79,4	48,7	43,3	47,4	384	295	376
Hafer	12,8	10,4	9,6	46,9	38,2	42,5	60	40	41
Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	5,3	7,3	8,0	80,2	87,2	70,8 ¹⁾	43	64	57
Kartoffeln	9,8	9,6	8,2	330,1	325,0	287,9 ¹⁾	324	311	236
Frühkartoffeln	3,5	3,5	2,9	303,9	304,5	284,1	106	105	83
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	6,3	6,1	5,3	344,6	336,7	290,0	218	206	153
Zuckerrüben	22,4	21,8	22,0	594,1	664,4	421,4 ¹⁾	1 328	1 450	926
Futtererbsen	4,3	4,8	3,4	37,4	33,7	32,6 ¹⁾	16	16	11
Winterraps	26,0	27,3	30,8	31,1	31,7	27,2	81	86	84
Silomais	15,2	15,5	16,3	466,8	470,8	413,6 ¹⁾	710	728	674
Raufutter	218,0	220,4	214,6	69,6	72,5	49,9 ¹⁾	1 519	1 598	1 070
Wiesen	71,9	62,7	60,0	65,6	66,4	45,8 ¹⁾	471	416	275
Mähweiden	130,6	145,4	143,9	71,6	75,2	51,4 ¹⁾	935	1 093	740
Grasanbau auf dem Ackerland	7,6	6,1	5,1	71,9	70,5	50,8 ¹⁾	54	43	26
Klee, Klee gras und Klee-Luzerne-Gemisch	7,1	5,7	5,5	72,7	73,2	52,8 ¹⁾	52	41	29

1) Vorläufig.

Bedeutung der im Vergleich zu Winterweizen ertragschwächeren Sommergerste zurückzuführen. So trägt Rheinland-Pfalz nur 2,8% zur deutschen Winterweizen-ernte bei. Die rheinland-pfälzischen Landwirte produzierten dagegen 10,4% der deutschen Sommergerste. Dies dokumentiert die Bedeutung von Rheinland-Pfalz als Braugerstenstandort.

Von den in Rheinland-Pfalz geernteten 1,26 Mill. t Getreide entfielen knapp 71% auf die beiden Getreidearten Winterweizen und Sommergerste. Weitere 13% stellte die Wintergerste. Triticale (5,7%) sowie Hafer und Roggen mit jeweils gut 3% haben nur noch einen geringen Anteil an der Erntemenge.

Im Vergleich zum Vorjahr bzw. zum Durchschnitt der sechs Jahre von 1997 bis 2002 zeigen sich die unterschiedlichen Entwicklungen. Winterweizen brachte mit 515 000 t fast 19% weniger als im letzten Jahr und 14,9% weniger als im sechsjährigen Durchschnitt. Dies ist sowohl auf die kleinere Anbaufläche als auch auf den witterungsbedingt deutlich geringeren Hektarertrag zurückzuführen. Dieses Jahr erzeugten die Landwirte im Landesschnitt nur 61 dt/ha. Letztes Jahr waren es mit 69 dt/ha noch 12% mehr. Der mehrjährige Durchschnitt beträgt ebenfalls 69 dt/ha.

Die Sommergerstenernte ergab dieses Jahr mit 376 000 t fast so viel wie im sechsjährigen Durchschnitt (383 900 t). Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung um 27%. Der Anstieg ist auf die deutliche Ausweitung der Anbauflächen und auf einen Ertragsanstieg zurückzuführen. Mit 47 dt lag der Hektarertrag nur geringfügig unter dem mehrjährigen Mittel (49 dt), aber 19% über dem Vorjahr.

Wintergerste kam dieses Jahr nur auf 50 dt/ha und somit auf fast 15% weniger als im langjährigen Durchschnitt. Ein ähnliches Ertragsniveau erreichten Triticale (50 dt/ha) und Roggen (48 dt/ha). Auch sie verfehlten damit die in den letzten Jahren realisierten Erträge deutlich. Bei Triticale wäre ein Ertragsniveau von etwa 60 dt/ha und bei Roggen von 59 dt/ha zu erwarten gewesen. Die Rückgänge bei den Erträgen sind eine Folge der Witterung.

Hafer, ebenfalls ein Sommergetreide, wies mit 43 dt/ha einen elfprozentigen Ertragszuwachs gegenüber dem letzten Jahr auf; er liegt damit aber immer noch 9,3% unter dem langjährigen Vergleichswert. Die Ertragszuwächse beim Sommergetreide zeigen, dass die Sommerungen offensichtlich mit der trockenen Witterung besser zurechtkamen als mit der feuchten Witterung im letzten Jahr.

Die Ertragseinbußen auf Grund der Trockenheit waren landesweit in Abhängigkeit von der örtlichen Niederschlagssituation deutlich unterschiedlich. In den Gebieten Eifel, Westerwald und Hunsrück, wo es relativ häufig regnete, war nur ein geringer Rückgang beim Getreideertrag insgesamt festzustellen. Anders dagegen in den Regionen, in denen es in dieser Zeit keinen Niederschlag gab: Hier kam es zu deutlichen Ertragseinbußen. Zu den hiervon am stärksten betroffenen Regionen gehören Rheinhessen und das Maifeld.

Auch bundesweit geringere Hektarerträge

Der über alle Getreidearten gemittelte Ertrag liegt dieses Jahr in Rheinland-Pfalz nach dem vorläufigen Ergebnis bei 52 dt/ha. Das sind 8,6% weniger als im letzten Jahr. Die Unterschreitung des mehrjährigen Durchschnitts beträgt 10%. Der bundesweite Hektarertrag erreicht knapp 57 dt/ha und unterschreitet damit den Vorjahreswert um 6,7%. Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt sind es fast 12% weniger. Die größten Einschnitte wiesen die ost- und süddeutschen Bundesländer auf. In Brandenburg wurde der langjährige Vergleichswert um 35% unterschritten, in Sachsen waren es 26 und in Bayern 15%.

Wegen der Trockenheit in weiten Teilen der Gemeinschaft wird auf europäischer Ebene mit einer kleineren Ernte gerechnet. Die EU-Kommission schätzte Ende August eine Menge von 190 Mill. t, das wären fast 10% weniger als das letztjährige Erntergebnis. Die Erzeugerpreise liegen wegen der niedrigeren Ernte in Deutschland und der EU über dem Vorjahresniveau.

Getreidequalität im Allgemeinen gut

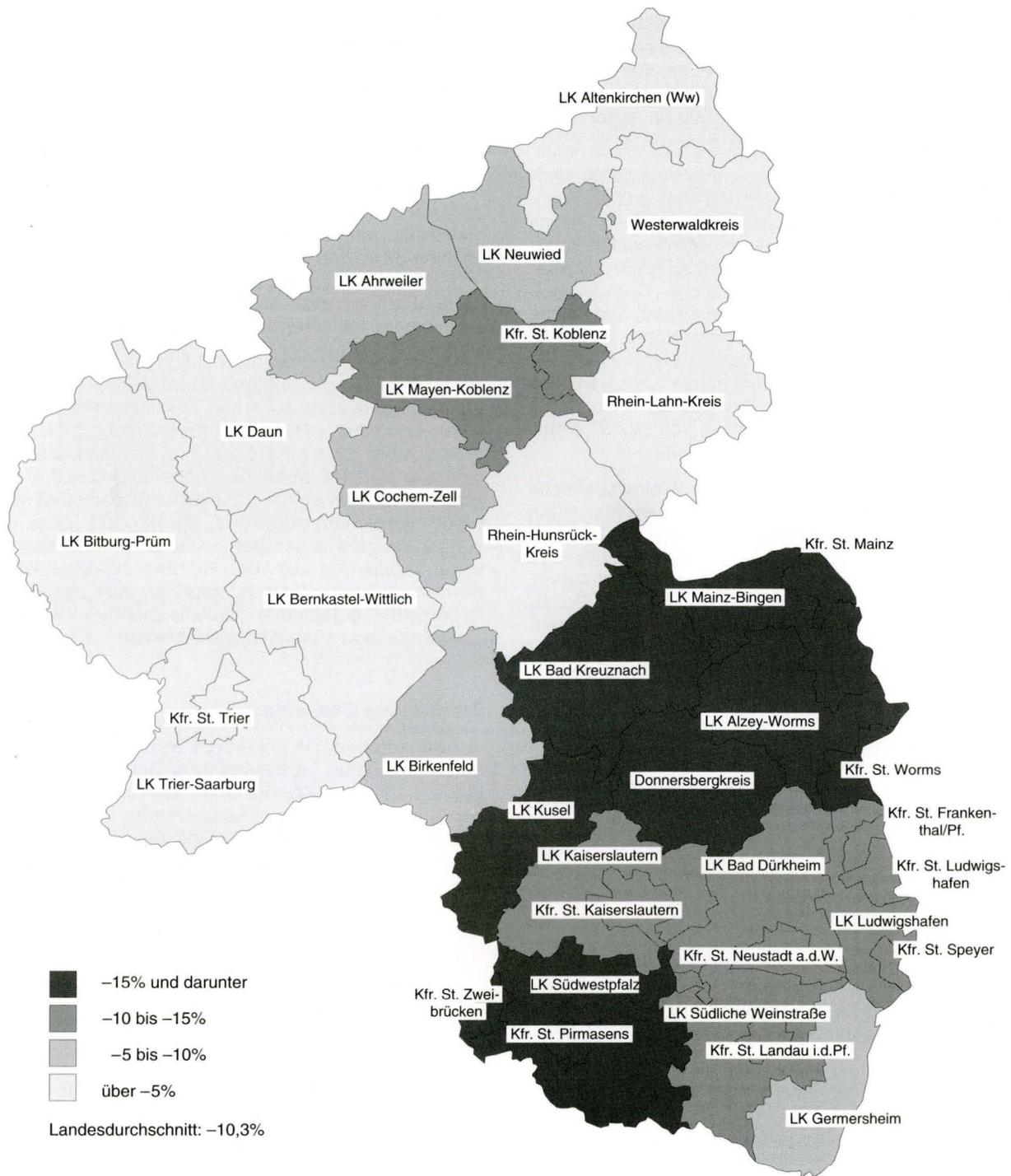
Neben der Ertragsermittlung dient die Besondere Erntermittlung auch dazu, Aussagen über die Qualität sowie die Belastung des erntefrischen Gutes mit Schadstoffen machen zu können. Insbesondere Proben von Weizen und Roggen, die in der menschlichen Ernährung eine große Rolle spielen, werden von der Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung auf Qualitätsparameter untersucht.

Wegen der Trockenheit konnte eine gute Getreidequalität erzielt werden. Zur Beurteilung der Qualität wird die so genannte Fallzahlmethode als schnelles und einfaches Verfahren verwendet. Winterweizen sollte dabei mindestens eine Fallzahl von 220 Sekunden und Roggen von über 120 Sekunden erreichen. Nach vorläufigen Auswertungen wichen von den untersuchten Winterweizen- und Roggenproben nur einzelne Proben negativ von diesen Grenzwerten ab. Bundesweit war es ähnlich. Der Proteingehalt des Winterweizens lag mit 13,7% in der Trockenmasse über dem Vorjahreswert. Auch die Braugerste erfüllte im Allgemeinen mit hohen Vollkornanteilen die Anforderungen der Mälzereien.

Den Landwirten steht eine Vielzahl von Getreidesorten mit unterschiedlichsten Eigenschaften zur Verfügung. Der Anbau konzentriert sich jedoch auf einige wenige Sorten. Bei Weizen waren in Rheinland-Pfalz von den in die Besondere Erntermittlung einbezogenen Feldern 12% mit Ritmo sowie jeweils 9% mit Complot und Drifter bestellt worden.

Die drei wichtigsten Roggensorten waren Picasso (27%), Avanti (23%) und Nikita (10%). Im Triticaleanbau wurden Trimaran (42%), Lamberto (31%) und Ticino (14%) bevorzugt ausgesät. Scarlett ist nach wie vor die dominierende Sommergerstensorte. Im letzten Jahr nahm sie allerdings noch fast drei Viertel der Fläche ein, in diesem Jahr waren es nur 65%, was auf einen anstehenden Sortenwechsel hindeutet. Im Anbau zulegen konnten dafür Barke und Braemer, die Anteile von 17

Abweichung des vorläufigen Hektarertrages von Getreide 2003 vom Durchschnitt 1997/2002 nach Verwaltungsbezirken¹⁾



1) Landkreise einschl. der kreisfreien Städte, die mit ihnen überwiegend räumlich verbunden sind.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

bzw. 10% erreichten. Die überwiegend ausgesäten Wintergerstensorten waren Tiffany (17%), Duet (16%) und Theresa (14%).

Winterrapsanbau auf Höchststand

Zur Ernte 2003 nahm der Winterrapsanbau um 13% auf 30 800 ha zu und erreichte damit den bisher höchsten Anbauumfang in Rheinland-Pfalz. Die weiteren Ölfrüchte (Sommerraps, Flachs und Körner Sonnenblumen) sind mit zusammen knapp 2 000 ha Anbaufläche von untergeordneter Bedeutung.

Der Winterraps konnte Ende August/Anfang September letzten Jahres termingerecht und ohne größere Probleme gesät werden. Die Vorwinterentwicklung war im Allgemeinen gut. Infolge der kalten Winterwitterung litten die Bestände stark und es kam zu größeren Auswinterungen. Da sich aus wirtschaftlichen Gründen vielfach ein Umbruch und eine Neubestellung der Fläche nicht rechnete, wurden die Winterrapsflächen beibehalten und geerntet. Die Schäden auf Grund der Auswinterung und der späteren Trockenheit schlugen sich dann auch im Ertrag nieder. Die Ernteberichterstattung schätzten dieses Jahr einen Ertrag von nur 27 dt/ha. Das sind 5 dt/ha unter dem Vorjahreswert.

Bundesweit entwickelte sich die Winterrapsfläche rückläufig. Hierfür waren vor allem die Auswinterungen und Umbrüche solcher Flächen verantwortlich. Der Winterrapsertrag lag bundesweit bei 28 dt/ha. Die Ölgehalte dürften etwa im Durchschnitt der letzten Jahre liegen. Der Ölsaatenanbau in der EU wird nach ersten Schätzungen über dem des Vorjahres liegen. Die Ölsaatenproduktion dürfte wegen der Trockenheit und der Auswinterungen jedoch unter dem Vorjahresniveau bleiben.

Kleinste Kartoffelernte seit 1950

Dieses Jahr wurde in Rheinland-Pfalz mit voraussichtlich 235 900 t die kleinste jemals geerntete Kartoffelmenge eingebracht. Sie unterschreitet die bisher kleinste Menge aus dem Jahr 2001 um 31 900 t. Ursachen für diesen Rückgang waren einmal die deutliche Einschränkung der Anbauflächen und zum anderen die Trockenheit. Der Kartoffelanbau fiel um 14% auf nur noch 8 200 ha und der Hektarertrag ging auf 288 dt/ha zurück (-11%). Die Kartoffelerträge der Frühkartoffeln lagen mit 284 dt/ha nur geringfügig unter den mittelfrühen und späten Kartoffeln (290 dt/ha), die auf Grund des späteren Rodetermins stärker unter der Trockenheit

im August litten. Regional ist festzustellen, dass dort, wo Kartoffeln beregnet wurden, es kaum trockenheitsbedingte Ausfälle gab.

Bundesweit wird die Kartoffelernte voraussichtlich knapp 9,8 Mill. t umfassen. Das langjährige Mittel der Erntemenge (11,7 Mill. t) dürfte um 16,5% unterschritten werden. Die Hektarerträge verfehlen mit 345 dt/ha den mehrjährigen Durchschnitt um 13%. Die mittelfrühen und späten Kartoffeln weisen im Allgemeinen eine gute Qualität auf, wobei allerdings Übergrößen Mangelware sind.

Die Zuckerrüben konnten wegen der trockenen Witterung früh gesät werden. Nach deren Auflaufen traten Anfang April Spätfröste auf, die die noch jungen Rübenpflanzen schädigten und in Einzelfällen Neuaussaaten erforderlich machten. Auf der rheinland-pfälzischen Fläche von 22 000 ha dürften rund 926 000 t erzeugt werden. Daraus errechnet sich ein Hektarertrag von 421 dt/ha; das sind mehr als 173 dt/ha unter dem durchschnittlichen Hektarertrag der letzten sechs Jahre.

Sowohl die Grundfutterproduktion auf dem Ackerland als auch auf Dauergrünland litt unter der Trockenheit und brachte geringere Erträge. Die flächenmäßig wichtigste Fruchtart zur Grundfuttererzeugung auf dem Ackerland ist Silomais (16 300 ha), dessen Ertrag dieses Jahr auf 414 dt/ha geschätzt wird. Die Ertrags-schätzungen des ersten Schnitts für Wiesen und Mähweiden erreichten nur Werte, die um 30% unter den Vorjahreswerten lagen. Der zweite Schnitt fiel regional sogar vollständig aus. Der Berufsstand organisierte deshalb auch eine Grundfutterbörse, über die Futterbaubetriebe fehlende Raufuttermengen (Silomais, Grassilage oder Heu) zukaufen können.

Erneut kleine Obsternte

Zum dritten Mal in Folge wird es in Rheinland-Pfalz, dem drittgrößten Obstanbauland Deutschlands, eine unterdurchschnittliche Ernte im Marktobstbereich geben. Eine wesentliche Ursache hierfür war die Frostperiode in der ersten Aprildekade. Sie schädigte in vielen Anlagen die Blüten bzw. die Knospen, so dass die Voraussetzungen für eine große Obsternte nicht gegeben waren. Die Berichterstattung stufen dementsprechend die Blüte und den Fruchtansatz als sehr schlecht ein.

Während die Ernteschätzungen jährlich erfolgen, werden die Anbauflächen und Baumzahlen nur alle fünf Jahre aktualisiert. Da die letzte Obstanbauerhebung

Anbauflächen, Baumerträge und Erntemengen im Marktobstbau für ausgewählte Obstarten 1997-2003

Obstart	Anbaufläche	Bäume	Baumertrag			Erntemenge		
			D 1997/2002	2002	2003	D 1997/2002	2002	2003
	2002	kg/Baum			dt			
ha	Anzahl							
Äpfel	1 823	3 158 365	16,9	13,4	11,3 ¹⁾	522 944	423 834	356 895 ¹⁾
Birnen	256	307 866	14,8	13,1	10,2 ¹⁾	43 055	40 372	31 402 ¹⁾
Süßkirschen	416	144 753	18,2	19,8	16,2	18 099	28 695	23 402
Sauerkirschen	1 133	533 650	16,5	16,1	15,2	97 525	85 771	81 328
Pflaumen und Zwetschen	984	468 367	19,7	21,9	20,0 ¹⁾	82 956	102 652	93 673 ¹⁾

1) Vorläufig.

Anbauflächen, Hektarerträge und Erntemengen ausgewählter Gemüsearten auf dem Freiland 1997-2003

Gemüseart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	D 1997/2002	2002	2003	D 1997/2002	2002	2003	D 1997/2002	2002	2003
	ha			dt/ha			dt		
Radies	1 901	2 312	2 277	309,0	311,5	301,2	587 410	720 244	685 700
Möhren	1 673	1 454	1 680	400,4	415,9	440,7	669 812	604 678	740 398
Blumenkohl	1 237	1 161	1 312	302,9	293,5	289,7	374 660	340 655	380 084
Speisezwiebeln ¹⁾	873	867	952	465,9	500,1	454,7	406 781	433 597	432 774
Kopfsalat	894	867	838	268,0	273,4	270,2	239 558	236 930	226 363
Spinat	531	611	707	191,2	189,6	187,5	101 582	115 824	132 659
Spargel im Ertrag	605	648	679	37,0	36,6	39,2	22 379	23 711	26 630
Rettich	405	493	452	306,3	333,3	338,6	124 113	164 274	153 081
Kohlrabi	334	325	386	294,6	293,9	287,7	98 516	95 547	111 012
Brokkoli	393	351	344	239,7	227,3	223,4	94 121	79 860	76 823
Porree (Lauch)	264	242	281	304,4	307,5	313,3	80 240	74 354	87 953
Chinakohl	193	184	227	407,2	401,1	394,7	78 645	73 702	89 731
Knollensellerie	166	191	190	379,4	402,5	397,6	62 808	76 890	75 453
Rhabarber	171	185	189	270,9	255,0	257,6	46 267	47 170	48 653

1) Nur Trockenzwiebeln und Schalotten, ohne Bundzwiebeln.

2002 erfolgte, werden dieses Jahr die gleichen Anbauflächen und Baumzahlen wie im letzten Jahr für die Berechnung der Erntemengen verwendet.

Den größten Rückgang bei der Erntemenge gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2002 wird es nach der aktuellen Schätzung bei Äpfeln, der flächenmäßig wichtigsten Obstart im Land, geben. Mit 35 700 t liegt sie um 16% unter der Erntemenge des letzten Jahres. Die Birnenernte wird mit 3 100 t etwa 22% unter dem Vorjahreswert liegen.

Auch beim Steinobst fiel die Ernte kleiner aus als im letzten Jahr. Die Kirschenenernte betrug 10 500 t. Das waren 8,5% weniger als im Vorjahr und 9,4% weniger als im mehrjährigen Schnitt. Pflaumen und Zwetschen brachten 9 400 t, dies bedeutet ein Minus von 8,7%. Der mehrjährige Durchschnitt wurde allerdings um 13% übertroffen.

Die Erdbeeren hatten stark unter den Winter- und Spätfrösten gelitten. Sie stehen in Rheinland-Pfalz auf 355 ha. Der diesjährige Hektarertrag blieb mit 88 dt um 5 dt unter dem Vorjahreswert bzw. dem mehrjährigen Durchschnitt.

Weiter ungebremstes Wachstum der Gemüsefläche

Nachdem in den letzten zwei Jahren die Gemüseanbaufläche nur moderat zugenommen hatte, legte sie im letzten Jahr wieder zu. Auf mittlerweile 14 600 ha wächst Gemüse. Damit wurde innerhalb von gut zehn Jahren die Gemüseanbaufläche, die überwiegend in der klimatisch begünstigten pfälzischen Rheinebene liegt, verdoppelt. Der zunehmende Pro-Kopf-Verbrauch von Gemüse – zwischen 1990/91 und 2000/01 erhöhte er sich um 11 auf 92 kg¹⁾ – und die geringere Selbstversorgung aus dem eigenen Hausgarten bedingt eine steigende Nachfrage nach Gemüse, auf die die rheinland-pfälzischen Erzeuger bei der gegebenen Infrastruktur für einen rentablen Gemüseanbau reagieren konnten.

Die flächenmäßig bedeutendsten Gemüsearten sind Radieschen (2 280 ha), Möhren (1 680 ha), Blumenkohl (1 310 ha), Speisezwiebeln (950 ha), Bundzwiebeln (870 ha), Kopfsalat (840 ha) und Spargel (680 ha). Neben der Gemüsefläche der Ausdehnung nimmt zugleich die Vielfalt der angebauten Gemüsearten zu. Inzwischen gibt es 28 Gemüsearten, die jeweils einen Anbauumfang von mehr als 100 ha erreichen.

Wegen der in der pfälzischen Rheinebene vorhandenen Bewässerungsmöglichkeiten gab es keine größeren Ernteauffälle auf Grund der Trockenheit. Radieschen brachten im Landesdurchschnitt mit gut 300 dt/ha etwas weniger an Ertrag als im langjährigen Durchschnitt. Bei zugleich rückläufiger Anbaufläche liegt die Erntemenge (686 000 dt) unter der des letzten Jahres. Die Hektarerträge der Möhren liegen über dem Vorjahr. Die Erntemenge nimmt auch wegen der deutlichen Anbauausdehnung zu; derzeit beläuft sie sich auf 740 000 dt. Blumenkohl erreicht voraussichtlich nur einen Hektarertrag von 290 dt; das ist deutlich weniger als das langjährige Mittel. Bei den Speisezwiebeln (Trockenzwiebeln) liegen die Ertragsschätzungen mit 455 dt/ha ebenfalls unter dem Vorjahr und dem mehrjährigen Durchschnitt. Wegen der größeren Anbaufläche ist eine Erntemenge von 433 000 dt zu erwarten. Spargel erzielte nicht zuletzt auf Grund der günstigen Wachstumsbedingungen im Frühjahr (Bodenwärme) mit 39 dt/ha einen überdurchschnittlichen Ertrag.

Mengenmäßig moderate, aber qualitativ gute Wein- ernte zu erwarten

Auch die Reben hatten unter den diesjährigen Witterungsbedingungen zu leiden. Allerdings waren die Schäden längst nicht so groß wie im Ackerbau. Bedingt durch die Frostperioden im Winter und Frühjahr sowie die Frühjahrstrockenheit präsentierten sich die Holzreife, der Austrieb der Reben und der Wachstumsstand zu Beginn der Vegetation unterdurchschnittlich. Die weitere Witterung sorgte dann für eine Beschleunigung der Rebenentwicklung und legte gleichzeitig die Grundlagen für einen qualitativ sehr guten Weinjahrgang. Die

1) Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2002 des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, S. 195.

Ertragsrebläche, Hektarertrag und Erntemenge für Weinmost 1993-2003 nach Anbaugebieten

Anbaugebiet	Ertragsrebläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	D 1997/2002	2002	2003 ¹⁾	D 1997/2002	2002	2003 ¹⁾	D 1993/2002	2002	2003 ¹⁾
	1 000 ha			hl/ha			1 000 hl		
Rheinland-Pfalz	64,7	61,8	61,3	101,3	107,4	92,7	6 557	6 635	5 687
Ahr	0,5	0,5	0,5	83,3	92,8	73,7	42	46	38
Mittelrhein	0,6	0,5	0,5	75,6	82,0	72,2	43	39	34
Mosel-Saar-Ruwer	11,4	9,5	9,2	105,5	106,9	89,6	1 199	1 019	822
Nahe	4,4	4,1	4,1	84,8	100,1	82,9	373	412	338
Rheinhessen	25,3	25,0	24,9	99,6	108,2	93,9	2 524	2 704	2 334
Pfalz	22,6	22,2	22,3	105,3	108,9	95,3	2 376	2 416	2 121

1) Vorläufig.

Trockenheit setzte vor allem Junganlagen sowie Anlagen auf leichten und flachgründigen Böden zu. Pilzkrankheiten bereiteten wegen der Trockenheit weniger Probleme als in früheren Jahren.

Eine voraussichtliche Erntemenge von 5,7 Mill. hl wurde Anfang Oktober geschätzt. Sie ist nach vorläufigen Ergebnissen auf einer Ertragsrebläche von 61 300 ha (-0,7%) herangewachsen. Im Vorjahr wurden 6,6 Mill. hl in Rheinland-Pfalz geerntet. Diese Menge

entspricht etwa dem zehnjährigen Durchschnitt. Rund 1,6 Mill. hl entfallen dieses Jahr auf Rotmost. Vom Dornfelder, der wichtigsten roten Rebsorte im Land, wurden nach den Schätzungen 660 000 hl geerntet. Beim Riesling und Müller-Thurgau betragen die Ernten 1,1 bzw. 1 Mill. hl. Endgültigen Aufschluss über die Erntemenge wird erst die Auswertung der Traubenerntemeldung Ende Januar bringen.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2001		2002				2003		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 049 ¹⁾	4 058 ¹⁾	4 049	4 049	4 048	4 058	4 057	4 057	4 055
darunter Ausländer ²⁾	1 000	308	312	309	310	311	312	313	313	314
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 717	1 733	547	1 308	1 157	2 370	569	821	1 224
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 982	2 895	2 906	2 668	2 947	2 822	2 329	2 489	2 745
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,9	8,6	8,5	8,6	8,6	8,2	6,8	8,0	8,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 519	3 556	4 007	3 420	3 949	3 840	3 771	3 509	4 051
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	11,7	11,0	11,5	11,1	10,9	11,3	11,8
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	13	12	14	12	10	10	10	12
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,3	4,6	4,1	5,2	4,1	3,5	4,3	4,0	4,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 537	- 661	- 1 101	- 752	- 1 002	- 1 018	- 1 442	- 1 020	- 1 306
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,6	- 2,0	- 3,2	- 2,4	- 2,9	- 3,0	- 4,2	- 3,3	- 3,8
Wanderungen ⁸⁾										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 375	9 258	9 060	7 620	8 017	8 170	8 672	6 939	5 492
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 919	2 694	2 903	2 383	2 567	1 736	2 525	2 013	1 746
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 629	7 875	7 827	6 804	7 447	6 762	7 829	6 452	6 042
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 816	1 724	1 707	1 469	1 585	1 606	1 637	1 427	881
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 746	1 382	1 233	816	570	1 408	843	487	- 550
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	13 180	12 953	12 037	10 920	11 241	16 011	12 072	10 236	8 123
ERWERBSTÄTIGKEIT										
		1999	2000	2001			2002			
Beschäftigte		30.6.		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 175	1 191	1 194	1 215	1 199	1 194	1 196	1 209	1 188
* Frauen	1 000	507	518	525	535	533	534	532	538	535
* Ausländer/-innen	1 000	75	77	78	78	75	75	76	77	72
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	170	184	193	194	195	198	201	201	203
* darunter Frauen	1 000	153	162	169	170	171	174	176	175	177
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	13	14	12	13	14	14	12
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	360	361	358	360	356	353	351	353	347
* Baugewerbe	1 000	93	92	88	91	86	83	85	87	81
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	264	268	268	275	272	271	271	275	268
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	127	134	138	142	139	140	141	144	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	317	322	327	332	333	334	334	336	338

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2003 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	134 801	143 665	143 022	140 698	138 112	149 113	153 685	152 215	145 933
* Frauen	Anzahl	61 894	63 014	64 407	63 306	61 792	64 037	66 972	67 190	64 281
Männer	Anzahl	72 907	80 651	78 615	77 392	76 320	85 076	86 713	85 025	81 652
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 009	7 723	6 589	6 465	6 398	7 192	6 885	6 766	6 507
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	37 562	41 323	40 372	39 649	39 056	43 480	44 046	42 883	40 987
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	7,6	8,0	7,9	7,8	7,6	8,2	8,5	8,4	8,1
* Frauen	%	7,6	7,5	7,7	7,5	7,4	7,6	7,9	7,9	7,6
* Männer	%	7,6	8,3	8,1	8,0	7,9	8,8	9,0	8,8	8,5
* Ausländer/-innen	%	15,7	17,1	16,2	16,2	16,1	17,0	16,8	16,5	16,3
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,3	7,9	8,9	8,1	7,6	7,2	9,0	9,0	7,7
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	3 296	7 897	5 025	4 820	7 658	10 017	8 775	7 335	8 350
* Gemeldete Stellen	Anzahl	32 008	31 083	34 164	33 331	30 243	28 791	30 154	29 961	26 307
darunter										
Bauberufe	Anzahl	654	579	662	680	621	487	521	577	537
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	7 162	6 172	6 664	6 564	6 399	6 163	6 153	6 555	6 543
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	757	802	812	883	619	770	646	855	603
insgesamt										
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	718	768	768	857	585	726	618	817	575
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	40	35	44	26	34	44	28	38	28
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	3	3	4	1	3	5	-	1	-
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	102	96	96	98	48	108	93	133	71
private Haushalte	Anzahl	653	703	712	784	568	657	553	721	532
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 065	1 084	1 139	1 137	825	1 189	846	1 265	844
* Umbauter Raum	1 000 m ³	768	783	807	848	615	801	621	880	604
* Wohnfläche	1 000 m ²	137	141	146	153	109	143	111	158	110
Wohnräume	Anzahl	5 948	6 159	6 320	6 716	4 841	6 257	5 002	6 855	4 696
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	173	176	182	193	136	181	143	202	138
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	161	139	167	153	122	140	135	161	119
insgesamt										
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	18	15	16	22	16	23	10	14	14
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	137	116	142	124	103	111	111	139	98
private Haushalte	Anzahl	6	8	9	7	3	6	14	8	7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	33	99	72	11	14	18	19	11
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 051	778	640	625	485	705	624	740	532
* Nutzfläche	1 000 m ²	148	119	107	106	73	103	92	110	86
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	95	82	72	72	49	64	43	77	55
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	1 227	1 239	1 381	1 340	956	1 330	988	1 450	969
nahmen an bestehenden Gebäuden)										
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 929	7 147	7 692	7 954	5 793	7 321	5 940	7 963	5 515

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 934	10 434	9 699	9 838	9 320	10 029	9 169	9 867	9 399
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 678	2 801	2 177	2 298	2 592	2 477	1 921	2 324	2 212
* Kälber	t	25	22	12	12	19	14	10	12	13
* Schweine	t	8 099	7 511	7 426	7 450	6 615	7 443	7 156	7 460	7 104
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	13 029	10 321	9 765	9 980	10 267	9 456	9 157	9 382	9 096
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 436	62 988	64 801	65 994	63 426	70 323	66 336	67 079	62 904
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 390	2 384	2 385	2 380	2 375	2 264	2 265	2 261	2 260
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	301 466	296 590	296 192	296 323	297 688	288 473	288 305	288 962	290 249
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	192 058	186 727	186 741	187 077	187 567	180 221	180 212	181 190	181 831
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h	36 449	34 876	37 553	33 535
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	900	892	946	869	839	967	938	856	834
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	472	464	492	458	441	464	481	442	430
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	429	429	454	411	398	503	457	414	403
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 160	5 183	5 322	5 386	4 924	5 215	5 200	5 334	4 626
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	.	2 748	2 816	2 887	2 642	2 790	2 747	2 867	2 400
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	1 362	1 464	1 425	1 199	1 385	1 400	1 384	1 191
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	116	106	120	107	99	95	94	103
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	.	956	936	953	976	941	958	988	932
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 550	1 590	1 610	1 650	1 508	1 661	1 651	1 629	1 359
Fahrzeugbau	Mill. EUR	717	710	725	707	597	754	720	741	642
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 176	2 263	2 312	2 384	2 068	2 372	2 346	2 349	1 969
Exportquote ⁸⁾	%	42,2	43,7	43,4	44,3	42,0	45,5	45,1	44,0	42,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	1995=100	105,0	108,0	111,2	114,0	101,1	103,9	108,1	112,3	97,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1995=100	108,3	112,5	120,5	122,2	106,4	111,1	114,4	118,0	98,1
Investitionsgüterproduzenten	1995=100	104,6	106,4	105,5	107,7	96,6	100,7	104,8	111,5	104,6
Gebrauchsgüterproduzenten	1995=100	100,8	85,1	76,2	81,8	78,4	71,9	74,1	82,3	72,4
Verbrauchsgüterproduzenten	1995=100	89,1	93,9	86,8	96,9	91,6	82,8	93,0	91,3	82,0
darunter										
chemische Industrie	1995=100	99,2	107,6	118,7	122,1	100,2	103,0	111,6	112,3	92,5
Fahrzeugbau	1995=100	103,1	109,2	102,8	112,7	101,7	113,6	113,6	119,8	121,2
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	86	88	85	85	87	87	87	87
* Beschäftigte ³⁾⁴⁾	Anzahl	10 855	10 936	10 950	10 841	10 961	10 712	10 646	10 516	10 559
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾⁶⁾	1 000 h	1 352	1 285	1 420	1 223
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	33	34	34	33	31	32	33	32	31
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	600	542	420	515	266	493	490
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	585	530	410	504	258	482	479

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knackeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeiterstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai ^p	Juni ^p	Juli ^p	Aug. ^p	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	44 678	42 573	42 942	43 054	43 150	39 452	39 455	39 427	39 759
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 494	4 142	4 682	4 594	4 502	4 149	4 107	4 637	3 663
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 805	1 579	1 855	1 814	1 706	1 562	1 553	1 824	1 313
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 154	1 083	1 126	1 153	1 098	1 060	997	1 059	924
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 535	1 480	1 699	1 627	1 698	1 527	1 557	1 754	1 426
darunter Straßenbau	1 000 h	695	676	765	744	822	702	700	805	642
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	98	95	93	102	100	91	92	96	93
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	74	71	68	78	77	69	68	73	71
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	24	24	24	24	22	24	23	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	352	344	377	411	369	337	339	394	329
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	107	118	125	123	118	109	135	101
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	103	101	109	121	90	91	87	94	81
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	136	151	165	155	128	143	165	146
darunter Straßenbau	Mill. EUR	63	62	69	75	76	53	64	68	62
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	394	386	392	388	390	386	378	369	370
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	13 850	13 214	13 707	13 411	13 228	13 395	12 822	12 143	12 333
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 194	3 923	4 176	3 866	3 971	4 017	3 836	3 536	3 643
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	89	87	97	83	86	87	92	75	81
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	61	69	58	60	62	64	53	57
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	26	26	28	24	26	25	27	22	23
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	290	281	377	229	269	289	336	198	262
HANDEL										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Großhandel ^{p 7)}										
* Beschäftigte	2000=100	97,4	92,4	93,2	91,5	92,0	88,3	87,8	88,1	88,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,5	97,2	99,6	94,8	94,4	92,4	92,0	94,8	97,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	99,6	94,1	93,9	99,2	94,3	95,0	92,0	97,8	87,0
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,5	93,1	91,8	98,9	93,3	92,9	89,9	96,9	85,1
Einzelhandel ^{p 9)}										
* Beschäftigte	2000=100	102,1	100,1	99,3	99,7	100,2	99,0	98,7	99,6	101,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,9	102,2	101,3	102,1	102,2	101,9	102,0	103,8	105,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,3	99,0	94,7	99,1	97,3	101,5	95,5	100,6	100,4
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,7	97,6	93,2	97,9	96,3	100,0	94,0	99,3	99,3
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	99,0	100,6	99,4	100,3	102,5	100,4	100,5	100,5	101,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,8	101,8	101,3	103,7	104,6	104,0	104,4	105,1	108,0
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,0	101,7	108,2	106,6	95,6	106,1	104,9	111,4	96,9
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	99,3	100,2	106,8	105,0	94,1	104,0	102,7	108,7	94,5
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	99,9	103,0	103,4	103,9	101,7	103,6	104,6	105,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	99,8	100,5	104,2	105,0	105,5	105,1	108,0	108,8	110,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	102,7	100,1	106,4	109,1	112,0	106,1	106,3	106,8	111,2
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	101,0	94,7	100,9	102,4	105,1	99,8	100,8	101,2	105,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Gästeankünfte	1 000	515	512	614	600	651	647	632	631	609
* darunter von Auslandsgästen	1 000	104	103	117	159	154	122	122	159	146
* Gästeübernachtungen	1 000	1 535	1 499	1 725	1 986	2 076	1 785	1 798	1 972	2 039
* darunter von Auslandsgästen	1 000	299	299	326	534	517	333	337	566	488
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 535	10 279	10 674	10 092	9 880	9 839	10 841	10 221	10 735
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 558	1 548	1 725	1 833	1 680	1 533	1 731	1 865	1 897
* Getötete Personen	Anzahl	26	30	29	39	34	37	40	31	32
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	15	18	12	20	24	21	24	15	23
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	11	12	6	9	10	7	4
Radfahrer	Anzahl	1	2	4	2	-	4	-	4	3
Fußgänger	Anzahl	3	4	1	3	2	1	4	2	2
* Verletzte Personen	Anzahl	2 075	2 043	2 264	2 374	2 181	2 061	2 251	2 478	2 521
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	424	406	472	537	446	404	480	503	534
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	229	202	202	209	217	190	204	208	235
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	88	90	127	171	116	108	135	162	155
Radfahrer	Anzahl	45	49	80	81	65	54	83	80	92
Fußgänger	Anzahl	44	44	49	47	30	34	39	34	29
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	15 836	17 644	18 450	16 300	16 597	15 791	15 145	15 775
darunter										
Krafträder	Anzahl	975	889	1 335	1 366	1 143	1 829	1 483	1 325	1 111
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	13 776	15 121	15 800	13 996	13 482	13 066	12 702	13 437
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	803	767	862	741	727	786	731	804
Zugmaschinen	Anzahl	200	197	193	233	190	241	237	223	226
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr										
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
Beförderte Personen	1 000	70 711	71 518	74 166	75 930	72 587	64 244	73 310	74 573	74 304
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	66 331	67 500	69 710	72 345	68 273	60 305	69 075	70 896	70 301
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	1 045	1 004	1 089	878	1 026	1 040	1 073	870	1 027
Binnenschifffahrt										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gütereingang	1 000 t	1 278	1 239	1 285	1 206	1 379	1 248	1 374	1 253	1 217
* Güterversand	1 000 t	806	785	854	820	827	848	860	728	825
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 137	2 128	1 863	2 324	2 245	2 370	2 576	2 354	2 388
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	135	142	193	150	155	150	187	156	162
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 003	1 986	1 670	2 174	2 090	2 103	2 264	2 083	2 109
* Rohstoffe	Mill. EUR	16	16	12	17	15	23	15	20	21
* Halbwaren	Mill. EUR	83	72	61	91	66	73	90	75	87
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 904	1 898	1 597	2 066	2 009	2 007	2 158	1 988	2 001
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	599	597	438	718	619	653	691	624	670
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 305	1 301	1 159	1 348	1 390	1 354	1 467	1 365	1 331

1) Betriebe ab 9 Betten. – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 549	1 561	1 379	1 760	1 648	1 800	1 908	1 804	1 830
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 238	1 246	1 065	1 429	1 333	1 466	1 558	1 426	1 451
Belgien	Mill. EUR	140	134	108	150	125	154	170	133	132
Luxemburg	Mill. EUR	26	24	23	24	21	22	32	28	29
Dänemark	Mill. EUR	31	31	23	38	27	33	35	32	31
Finnland	Mill. EUR	16	16	13	19	16	20	33	18	15
Frankreich	Mill. EUR	292	282	264	328	300	333	333	331	350
Griechenland	Mill. EUR	19	22	24	30	27	25	24	22	19
Großbritannien	Mill. EUR	152	167	121	174	191	211	186	182	183
Irland	Mill. EUR	10	9	9	9	7	11	11	10	9
Italien	Mill. EUR	167	176	153	212	200	190	195	201	194
Niederlande	Mill. EUR	118	121	89	144	140	147	210	144	162
Österreich	Mill. EUR	94	87	74	99	87	102	105	108	113
Schweden	Mill. EUR	34	33	25	38	30	40	43	38	42
Spanien	Mill. EUR	119	126	124	141	145	162	167	156	154
Portugal	Mill. EUR	20	18	16	23	17	19	16	22	17
* Afrika	Mill. EUR	49	47	43	44	53	61	64	55	50
* Amerika	Mill. EUR	249	241	223	235	254	230	243	245	233
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	179	180	163	180	188	174	189	174	163
* Asien	Mill. EUR	274	260	205	262	269	257	340	228	251
darunter nach Japan	Mill. EUR	53	44	33	43	52	54	45	36	52
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	16	18	13	23	20	22	20	21	24
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 480	1 390	1 314	1 305	1 507	1 621	1 632	1 513	1 534
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	136	137	138	144	129	151	158	147	130
* Güter der gewerbli. Wirtschaft	Mill. EUR	1 345	1 253	1 176	1 161	1 378	1 330	1 332	1 230	1 268
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	34	36	16	22	45	19	50	42	41
* Halbwaren	Mill. EUR	197	171	161	152	221	175	187	146	191
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 113	1 047	999	988	1 112	1 136	1 095	1 042	1 036
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	264	223	210	343	279	279	265	264
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	828	783	776	778	769	857	816	777	771
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 132	1 085	1 028	1 022	1 195	1 283	1 318	1 242	1 261
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	923	864	825	807	960	1 059	1 072	1 026	1 021
Belgien	Mill. EUR	146	138	110	104	223	209	196	185	183
Luxemburg	Mill. EUR	24	21	30	21	21	20	25	24	25
Dänemark	Mill. EUR	36	31	27	35	25	31	36	24	40
Finnland	Mill. EUR	6	5	11	10	7	4	6	5	5
Frankreich	Mill. EUR	192	196	206	192	181	232	250	243	243
Griechenland	Mill. EUR	3	3	1	2	2	4	2	2	3
Großbritannien	Mill. EUR	75	65	71	62	59	72	71	53	70
Irland	Mill. EUR	11	11	8	17	12	21	13	25	21
Italien	Mill. EUR	99	95	85	104	97	113	103	105	116
Niederlande	Mill. EUR	179	158	140	122	182	177	195	195	160
Österreich	Mill. EUR	46	43	39	42	33	41	36	46	44
Schweden	Mill. EUR	26	26	22	22	40	57	37	35	30
Spanien	Mill. EUR	62	57	61	64	63	65	71	76	68
Portugal	Mill. EUR	19	15	14	12	16	13	34	11	12
* Afrika	Mill. EUR	34	29	26	32	34	36	25	15	21
* Amerika	Mill. EUR	152	125	108	111	115	150	126	115	114
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	125	105	93	95	96	113	87	98	75
* Asien	Mill. EUR	157	147	147	134	157	147	158	133	135
darunter aus Japan	Mill. EUR	32	30	27	24	35	37	30	36	26
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	4	7	6	5	5	8	4
GEWERBEANZEIGEN ²⁾										
		2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 106	3 065	2 789	3 154	3 001
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 626	2 630	2 365	2 569	2 349

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

INSOLVENZEN	Einheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Insolvenzen insgesamt davon	Anzahl	184	344	351	387	383	392	344	454	385
* Unternehmen	Anzahl	107	125	137	117	142	133	98	149	152
* Verbraucher	Anzahl	62	106	80	146	120	165	132	176	132
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	.	74	88	91	90	79	94	115	91
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾ Nachlässe	Anzahl	15	39	46	33	31	15	20	14	10
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	69	133	73	138	277	164	85	92	99
HANDWERK ²⁾		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	90,6	87,3	89,7	87,8	86,7	87,3	85,3	80,4	80,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	102,3	93,6	112,0	86,7	97,0	93,6	97,2	76,0	88,7
PREISE		2001	2002			2003				
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	101,9	103,4	103,5	103,4	103,2	104,5	104,4	104,3	104,2
VERDIENSTE ⁴⁾		2001'	2002			2003				
		Durchschnitt		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 415	2 465	2 359	2 459	2 484	2 500	2 447	2 535	2 559
* Männer	EUR	2 487	2 537	2 424	2 532	2 555	2 574	2 514	2 608	2 632
* Frauen	EUR	1 821	1 853	1 824	1 839	1 870	1 861	1 880	1 893	1 916
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	14,60	15,00	14,79	14,89	15,05	15,13	15,29	15,34	15,48
* Männer	EUR	15,01	15,41	15,23	15,29	15,45	15,53	15,73	15,74	15,89
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,12	16,51	16,35	16,35	16,56	16,64	16,93	16,94	17,10
angelernte Arbeiter	EUR	14,41	14,73	14,55	14,63	14,80	14,82	14,96	15,02	15,19
Hilfsarbeiter	EUR	12,13	12,48	12,25	12,42	12,54	12,58	12,50	12,58	12,62
* Frauen	EUR	11,23	11,48	11,26	11,39	11,54	11,57	11,64	11,67	11,85
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,55	10,66	10,48	10,57	10,72	10,73	10,83	10,86	11,03
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	37,8	36,7	38,0	38,0	38,0	36,8	38,0	38,0
Arbeiter	h	38,1	37,9	36,6	38,1	38,1	38,1	36,8	38,1	38,1
Arbeiterinnen	h	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,0	37,2	37,3	37,2
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 475	3 572	3 512	3 549	3 586	3 601	3 625	3 640	3 689
* Männer	EUR	3 751	3 849	3 788	3 827	3 864	3 877	3 895	3 912	3 960
* Frauen	EUR	2 684	2 776	2 719	2 752	2 787	2 806	2 837	2 843	2 899
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 181	3 284	3 229	3 264	3 291	3 315	3 358	3 359	3 395
Männer	EUR	3 660	3 779	3 728	3 767	3 783	3 806	3 858	3 854	3 874
Frauen	EUR	2 628	2 712	2 660	2 690	2 723	2 741	2 774	2 780	2 832
* technische Angestellte	EUR	3 708	3 798	3 732	3 772	3 817	3 826	3 831	3 856	3 917
Männer	EUR	3 794	3 882	3 816	3 855	3 902	3 910	3 912	3 939	3 999
Frauen	EUR	2 894	3 014	2 943	2 988	3 027	3 050	3 071	3 076	3 144
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 592	2 687	2 675	2 656	2 698	2 702	2 718	2 734	2 760
* Männer	EUR	2 882	2 982	2 976	2 949	2 993	2 996	2 996	3 021	3 047
* Frauen	EUR	2 232	2 303	2 292	2 279	2 310	2 319	2 350	2 343	2 367
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 603	2 700	2 690	2 674	2 709	2 713	2 727	2 741	2 766
Männer	EUR	2 952	3 060	3 054	3 038	3 070	3 069	3 061	3 081	3 105
Frauen	EUR	2 239	2 308	2 300	2 283	2 313	2 323	2 356	2 350	2 375
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 030	3 140	3 100	3 112	3 152	3 165	3 185	3 208	3 247

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesensersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt	Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	109 195	112 680	111 294	111 559	112 021	113 379	113 760	115 671	112 720
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	14 273	13 677	14 374	13 955	13 606	13 620	13 528	15 970	13 155
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 565	10 931	10 839	11 135	10 828	10 887	10 873	10 601	10 407
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	84 358	88 072	86 081	86 469	87 587	88 872	89 359	89 100	89 158
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	102 591	106 124	104 365	104 767	105 554	106 865	107 311	109 284	106 612
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	90 728	93 391	91 765	91 869	92 932	94 218	94 544	93 830	93 847
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 863	12 734	12 600	12 898	12 622	12 647	12 767	15 454	12 765
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 604	6 556	6 929	6 792	6 467	6 514	6 449	6 387	6 108
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	77 100	80 199	80 242	79 143	79 554	79 752	82 347	82 328	83 542
Sichteinlagen	Mill. EUR	17 886	20 241	19 788	19 459	19 838	20 186	21 481	21 523	22 590
Termineinlagen	Mill. EUR	23 500	24 329	24 188	23 786	24 253	24 306	24 970	25 136	25 576
Sparbriefe	Mill. EUR	5 568	5 581	5 587	5 526	5 578	5 564	5 654	5 373	5 226
Spareinlagen	Mill. EUR	30 146	30 049	30 679	30 372	29 885	29 696	30 242	30 296	30 150
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	73 842	77 570	76 910	76 549	76 880	77 115	79 736	79 774	80 754
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	71 627	75 384	74 704	74 476	74 564	74 968	77 529	77 756	78 360
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 215	2 186	2 206	2 073	2 316	2 147	2 207	2 018	2 394
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 258	2 629	3 332	2 594	2 674	2 637	2 611	2 554	2 788
STEUERN										
		2001	2002			2003				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 176	2 053	1 863	2 049	2 172	2 465	1 836	1 970	2 099
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	770	712	455	661	894	1 156	472	702	839
Lohnsteuer	Mill. EUR	609	615	509	838	445	555	520	823	466
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	119	120	-	352	-	-	-	355	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	20	16	- 94	- 39	267	224	- 84	- 33	278
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	71	46	29	17	14	195	29	26	13
Zinsabschlag	Mill. EUR	33	25	10	- 12	9	8	11	44	8
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	12	5	-	- 23	-	-	-	35	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	38	11	2	- 143	160	174	- 4	- 159	74
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	1	- 30	-	- 159	-	-	-	- 88	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 406	1 340	1 408	1 388	1 277	1 309	1 364	1 269	1 260
Umsatzsteuer	Mill. EUR	368	369	371	383	382	339	369	310	370
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 038	971	1 037	1 006	895	971	995	959	890
Zölle	Mill. EUR	104	92	95	98	95	87	91	100	107
Bundessteuern	Mill. EUR	137	111	96	129	107	129	114	77	112
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	95	70	67	97	55	64	79	48	63
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	35	33	22	24	45	60	24	21	43

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2001	2002				2003			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	80	80	73	84	78	71	72
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	9	11	10	11	19	13	7	11
Gründerwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	13	17	18	16	15	14	14	16
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	37	34	37	31	30	34	36	29	30
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	12	10	15	8	8	11	17	7
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	3	3	0	0	3
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	4	4	4	4	4
Gemeindesteuern	Mill. EUR	373	366	366	341	364	395	364	303	382
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	4	4	5	5	4	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	92	95	83	88	102	104	86	89	103
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	238	248	238	218	234	274	267	201	261
Gründerwerbsteuer (Gemeindeanteil) ²⁾	Mill. EUR	30	10	35	23	12	3	1	1	0
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	6	7	11	8	6	7	12
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	583	574	683	485	553	595	664	414	551
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	177	185	135	191	170	225	155	154	202
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	241	242	379	155	227	220	367	145	200
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	42	17	27	30	45	13	28
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	573	560	447	522	664	796	477	504	587
Landessteuern	Mill. EUR	74	74	80	80	73	84	78	71	72
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	281	252	138	210	343	463	147	232	310
Lohnsteuer	Mill. EUR	214	211	166	306	140	186	171	299	148
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	8	7	- 40	- 16	113	95	- 36	- 14	118
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	30	19	7	- 0	5	92	9	6	3
Zinsabschlag	Mill. EUR	14	11	4	- 5	4	3	5	19	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	15	4	1	- 74	81	87	- 2	- 79	37
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	203	219	187	228	249	249	204	194	206
Umsatzsteuer	Mill. EUR	137	157	146	151	186	175	152	126	146
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	62	42	78	63	74	52	69	59
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	6	17	1	-	0	22	3	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	1	4	0	-	0	4	1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	6	17	1	-	0	18	3	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	3	0	-	0	4	1	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 196	1 103	1 022	1 104	1 146'	1 310	1 028	1 011'	1 111
Bundessteuern	Mill. EUR	137	111	96	129	107	129	114	77'	112
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	336	307	196	271	393	519	202	288	363
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	717	678	713	703	645'	663	690	643	636
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	6	17	1	-	0	22	3	0

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Ab 2002 Restabwicklung. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

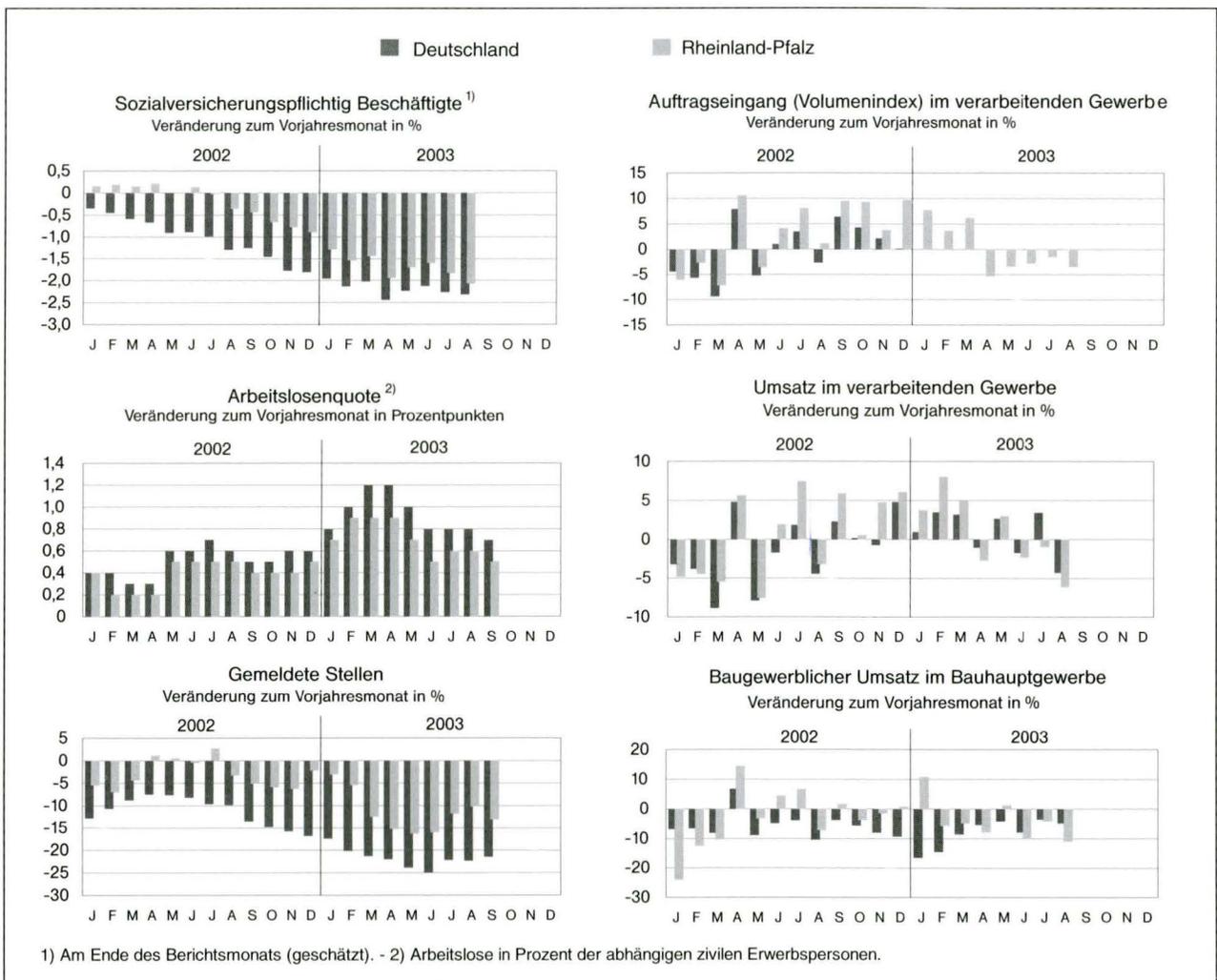
Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

Beschäftigte ¹⁾	Land	Einheit	Juli 03	Veränderung in % zum		Aug. 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^P am Arbeitsort ²⁾	D	1 000	26 879	- 0,4	- 2,3	27 015	0,5	- 2,3
	RLP	1 000	1 171	- 0,5	- 1,8	1 183	1,0	- 2,1
darunter								
verarbeitendes Gewerbe	D	1 000	6 922	- 0,3	- 3,1	6 932	0,2	- 3,0
	RLP	1 000	325	- 0,7	- 3,3	328	0,8	- 3,4
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	D	1 000	17 514	- 0,5	- 1,4	17 612	0,6	- 1,6
	RLP	1 000	739	- 0,4	- 0,6	747	1,0	- 0,9
Arbeitsmarkt ¹⁾			Aug. 03	Veränderung in %*) zum		Sept. 03	Veränderung in %*) zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
*) bei Arbeitslosenquoten Veränderung in Prozentpunkten								
Arbeitslose	D	Anzahl	4 314 223	- 0,9	7,4	4 206 836	- 2,5	6,7
	RLP	Anzahl	152 215	- 1,0	8,2	145 933	- 4,1	5,7
Arbeitslosenquote ³⁾	D	%	10,4	0,0	0,8	10,1	- 0,3	0,6
	RLP	%	7,5	- 0,1	0,5	7,2	- 0,3	0,3
Arbeitslosenquote ⁴⁾	D	%	11,5	- 0,1	0,8	11,2	- 0,3	0,7
	RLP	%	8,4	- 0,1	0,6	8,1	- 0,3	0,5
Jüngere unter 25 Jahre	D	%	10,8	0,0	0,3	9,9	- 0,9	0,0
	RLP	%	9,0	0,0	0,9	7,7	- 1,3	0,1
Gemeldete Stellen	D	Anzahl	355 995	- 3,0	- 22,3	330 036	- 7,3	- 21,4
	RLP	Anzahl	29 961	- 0,6	- 10,1	26 307	- 12,2	- 13,0
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)			Juli 03	Veränderung in % zum		Aug. 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gebäude (Neubau)	D	Anzahl	16 233	3,9	- 9,2	14 460	- 10,9	- 6,3
	RLP	Anzahl	1 016	30,1	- 1,9	722	- 28,9	- 2,6
Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	D	Anzahl	22 282	1,0	- 11,9	20 926	- 6,1	- 3,7
	RLP	Anzahl	1 450	46,8	8,2	969	- 33,2	1,4
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾								
Beschäftigte	D	1 000	6 139	0,2	- 1,2	6 147	0,1	- 1,2
	RLP	1 000	289	0,2	- 2,5	290	0,4	- 2,5
Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	D	1 000	815 240	9,2	.	703 643	- 13,7	.
	RLP	1 000	37 553	7,7	.	33 535	- 10,7	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	117 039	6,9	3,4	99 040	- 15,4	- 4,2
	RLP	Mill. EUR	5 334	2,6	- 1,0	4 626	- 13,3	- 6,1
Auftragseingang (Volumenindex)	D	1995=100
	RLP	1995=100	112,3	3,9	- 1,5	97,6	- 13,1	- 3,5
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau)								
Beschäftigte	D	1 000	804	0,2	- 10,0	807	0,3	- 9,8
	RLP	1 000	39	- 0,1	- 8,4	40	0,8	- 7,9
Geleistete Arbeitsstunden	D	1 000	95 353	11,7	- 5,3	77 378	- 18,9	- 13,2
	RLP	1 000	4 637	12,9	0,9	3 663	- 21,0	- 18,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	8 018	12,0	- 3,5	7 251	- 9,6	- 4,8
	RLP	Mill. EUR	394	16,2	- 4,1	329	- 16,5	- 10,8
Handel und Gastgewerbe ^{P)}								
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)								
Beschäftigte	D	2000=100	96,3	0,0	- 2,2	96,4	0,1	- 2,4
	RLP	2000=100	99,6	0,9	- 0,1	101,5	1,9	1,3
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	97,9	5,8	- 2,0	92,0	- 6,0	- 5,3
	RLP	2000=100	100,6	5,3	1,5	100,4	- 0,2	3,2

1) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Am Ende des Berichtsmonats (geschätzt). – 3) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Ab Januar 2003 werden anstelle der geleisteten Arbeiterstunden, die geleisteten Arbeitsstunden erhoben. Eine Rückrechnung zur Gewinnung von Vergleichswerten ist nicht möglich.

Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

noch Handel und Gastgewerbe ^{p)}	Land	Einheit	Juli 03	Veränderung in % zum		Aug. 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Großhandel (ohne Kfz-Handel)								
Beschäftigte	D	2000=100	91,2	0,4	- 2,3	91,6	0,4	- 2,0
	RLP	2000=100	88,1	0,3	- 3,7	88,8	0,8	- 3,5
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	97,5	4,7	1,1	88,4	- 9,3	- 3,6
	RLP	2000=100	97,8	6,3	- 1,4	87,0	- 11,0	- 7,7
Gastgewerbe								
Beschäftigte	D	2000=100	98,7	0,5	- 2,5	99,2	0,5	- 1,8
	RLP	2000=100	104,6	1,0	1,2	105,8	1,1	1,8
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	98,4	- 0,6	- 4,6	100,6	2,2	- 3,8
	RLP	2000=100	106,8	0,5	- 2,1	111,2	4,1	- 0,7
Preise								
Verbraucherpreisindex	D	2000=100	Aug. 03	Veränderung in % zum		Sept. 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	RLP	2000=100	104,6	0,0	1,1	104,5	- 0,1	1,1
	RLP	2000=100	104,4	- 0,1	0,9	104,3	- 0,1	0,9
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Gewerbeanmeldungen	D	Anzahl	Juni 03	Veränderung in % zum		Juli 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	RLP	Anzahl
Gewerbeabmeldungen	D	Anzahl	Juni 03	Veränderung in % zum		Juli 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	RLP	Anzahl
Unternehmensinsolvenzen	D	Anzahl	Juni 03	Veränderung in % zum		Juli 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	RLP	Anzahl	3 233	- 3,9	12,3	3 584	10,9	8,5
	RLP	Anzahl	98	- 26,3	- 28,5	149	52,0	27,4



Neuerscheinungen im Oktober

Statistische Berichte

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Allgemein bildende Schulen im Schuljahr 2002/2003
– Teil II : Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Bestellnr.: B1023 200200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und
Grünland Anfang September 2003
(Berichtszeitraum Anfang-Ende August)
Bestellnr.: C2013 200302

Ernteberichterstattung über Obst im August 2003
Bestellnr.: C2033 200304

Ernteberichterstattung über Gemüse im September 2003
(Berichtszeitraum Mitte August-Mitte September)
Bestellnr.: C2033 200305

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende
Gewerbe im August 2003
Bestellnr.: E1033 200308

Bauhauptgewerbe im August 2003 – Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200308

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im August 2003
Bestellnr.: F2033 200308

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr
im Juli 2003
Bestellnr.: G4023 200307

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im
Gastgewerbe im August 2003
Bestellnr.: G1023 200308

Aus- und Einfuhr im Juli 2003
Bestellnr.: G3023 200307

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juli 2003
Bestellnr.: H1023 200307

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2002 – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt,
Empfänger/-innen am 31. Dezember 2002
Bestellnr.: K1023 200200

Sozialhilfe 2002 – Ausgaben und Einnahmen
Bestellnr.: K1013 200200

Wohngeld im Jahre 2001
Bestellnr.: F2043 200100

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Versorgungsempfängerinnen und
Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden
und Gemeindeverbände am 1. Januar 2003
Bestellnr.: L3033 200300

Gemeindefinanzen im 2. Vierteljahr 2003
Bestellnr.: L2023 200342

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und
Deutschland im September 2003
Bestellnr.: M1013 200309

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juli 2003
Bestellnr.: Z1013 200307

Sonstige Veröffentlichungen

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den alten Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 1970 bis 1991 sowie in deren kreisfreien
Städten und Landkreisen 1980, 1985, 1987 bis 1991
– Sonderheft –
Bestellnr.: A6115 200301
(auch als CD erhältlich – Bestellnr.: A6115C 200301)

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen
Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad
Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statisti-
schen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten
acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis
aller Veröffentlichungen abrufbar.

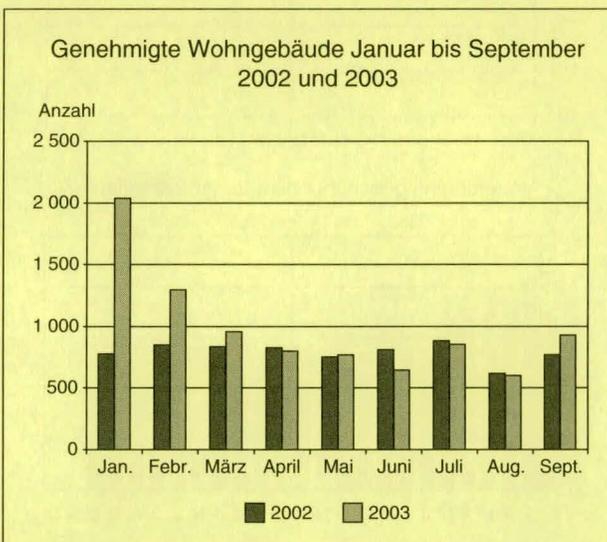
Bisher größere Wohnungsbaunachfrage als im Vorjahr

Die Rheinland-Pfälzer sind im Jahr 2003 bislang weit- aus baufreudiger als im Vorjahr. In den ersten drei Quar- talen ließen sich die Bauherren die Errichtung von 8 900 neuen Wohnhäusern mit 12 100 Wohnungen genehmi- gen. Das sind fast 25% mehr Gebäude und gut 23% mehr Wohnungen als im vergleichbaren Vorjahreszeit- raum (gut 7 100 Wohngebäude mit rund 9 800 Woh- nungen).

Bis Ende September 2003 erteilten die Bauaufsichts- behörden in Rheinland-Pfalz Baufreigaben für ins- gesamt 7 123 Einfamilien-, 1 416 Zweifamilien- und 361 Mehrfamilienhäuser. Gegenüber den ersten drei Vorjahresquartalen errechnet sich bei den Einfami- lienhäusern ein Plus von rund 27%, während die Bau- genehmigungen für Zweifamilien- (+19%) und Mehr- familienhäuser (+8,7%) weniger stark, aber ebenfalls deutlich zulegten.

Mit geplanten Baukosten von knapp 2 Mrd. Euro sol- len im Wohnungsbau rund 25% mehr investiert werden als in den ersten neun Monaten des vergangenen Jah- res (1,59 Mrd. Euro). Allein auf die Einfamilienhäuser entfiel eine geplante Investitionssumme von 1,38 Mrd. Euro, das sind 70% der gesamten Kalkulationen im Wohnungsbau.

Die Zunahme muss vor dem Hintergrund der Diskus- sion um die Eigenheimzulage gesehen werden. Nach den ersten Ankündigungen von Kürzungen in diesem Bereich hatte es Ende vergangenen Jahres einen wahren Boom von Bauanträgen gegeben, der sich bis in den März dieses Jahres fortsetzte. Seit April liegen die Werte teils auf dem Niveau der jeweiligen Vorjahresmo- nate, teils darunter. Im September war wieder eine Zu- nahme festzustellen.



Baugenehmigungen für Neuerrichtungen von Wohngebäuden Januar bis September 2003

Verwaltungsbezirk	Genehmigte Wohngebäude		Darunter mit 1 und 2 Wohnungen	
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber Januar bis September 2002	zu- sammen	Veränderung gegenüber Januar bis September 2002
Anzahl				
Kreisfreie Stadt Koblenz	66	-21	61	-12
Landkreise				
Ahrweiler	278	36	259	39
Altenkirchen (Ww.)	356	50	347	49
Bad Kreuznach	235	99	225	100
Birkenfeld	176	-	175	2
Cochem-Zell	235	46	229	49
Mayen-Koblenz	777	207	743	191
Neuwied	439	154	420	145
Rhein-Hunsrück-Kreis	357	110	349	108
Rhein-Lahn-Kreis	220	10	216	14
Westerwaldkreis	653	63	637	73
Kreisfreie Stadt Trier	100	52	91	51
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	278	70	272	71
Bitburg-Prüm	333	82	330	83
Daun	256	80	251	81
Trier-Saarburg	416	95	394	83
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	37	12	34	10
Kaiserslautern	90	-19	88	-14
Landau i. d. Pfalz	34	-21	33	-19
Ludwigshafen a. Rhein	161	5	150	2
Mainz	116	64	93	62
Neustadt a.d. Weinstr.	37	-13	30	-12
Pirmasens	32	-8	30	-10
Speyer	49	17	43	13
Worms	100	13	90	8
Zweibrücken	37	9	37	9
Landkreise				
Alzey-Worms	287	62	280	63
Bad Dürkheim	254	84	243	83
Donnersbergkreis	219	41	217	43
Germersheim	293	123	274	113
Kaiserslautern	424	25	406	24
Kusel	208	16	204	18
Südliche Weinstraße	265	81	251	78
Ludwigshafen	284	-44	272	-36
Mainz-Bingen	496	130	469	119
Südwestpfalz	302	59	296	60
Rheinland-Pfalz	8 900	1769	8 539	1741
kreisfreie Städte	859	90	780	88
Landkreise	8 041	1679	7 759	1653

kurz + aktuell

Die Preisentwicklung im Oktober

Insgesamt hat sich der Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz gegenüber Oktober 2002 um 1% erhöht. Gegenüber September 2003 gab es einen Rückgang um 0,1%.

Die Preise für Nahrungsmittel (einschließlich alkoholfreie Getränke) haben sich gegenüber Oktober 2002 um 1,5% erhöht, gegenüber September 2003 stiegen sie um 0,2%. Den deutlichen Steigerungen für einige Produkte stehen niedrigere Preise einer ganzen Reihe anderer Nahrungsmittel gegenüber. Die Auswirkungen der geringeren Ernte aufgrund der langen Trockenheit bekommen die Verbraucher aber noch immer zu spüren. Kartoffeln waren im Oktober rund ein Fünftel teurer als vor einem Jahr. Auch andere pflanzliche Nahrungsmittel, deren Ernte wegen des heißen Sommers geringer ausgefallen ist, sind erheblich teurer als vor einem Jahr. So musste für Tomaten fast ein Drittel mehr ausgegeben werden, für Weißkohl fast 18%, für Blumenkohl rund 17%. Auch Tafeläpfel, Weintrauben und Möhren sind teurer als im Oktober vergangenen Jahres.

Weniger Bauanträge für Nichtwohngebäude

9% weniger genehmigte Bauten und eine geplante Investitionssumme, die um mehr als 14% unter der des Vorjahreszeitraums liegt: Diese Bilanz ergibt sich für die Entwicklung im Nichtwohnbau in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Die Bauämter in Rheinland-Pfalz genehmigten von Januar bis September 1 181 Nichtwohngebäude, für die die Bauherren ein Investitionsvolumen von 632 Mill. Euro veranschlagt haben.

Zum Vergleich: Die geplanten Wohnungsbauinvestitionen waren mit fast 2 Mrd. Euro im gleichen Zeitraum mehr als dreimal so hoch.

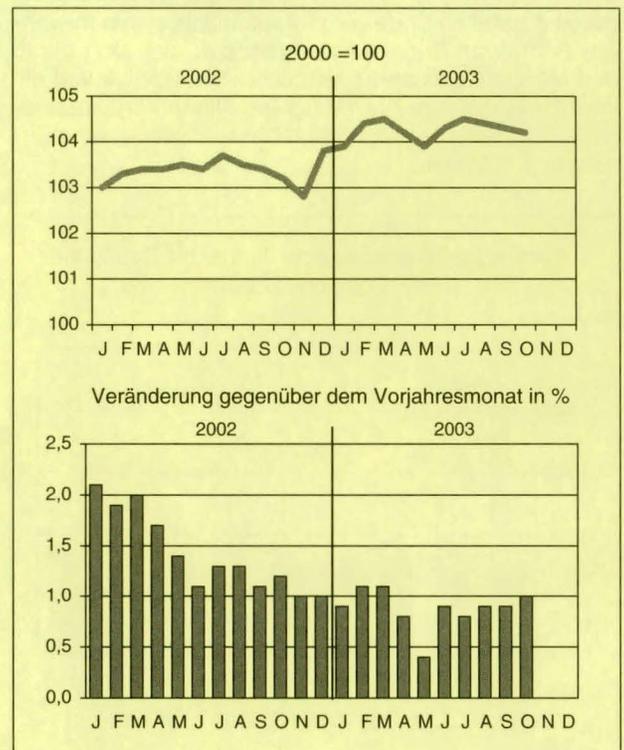
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude Januar bis September 2003

Gebäudeart	Genehmigte Gebäude		Geplante Investitionssumme	
	Anzahl	Veränderung zu 2002 %	1 000 Euro	Veränderung zu 2002 %
Anstaltsgebäude	16	-42,9	49 144	-40,5
Büro- und Verwaltungsgebäude	94	-14,5	78 503	-44,2
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	345	5,8	55 575	13,5
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude darunter	641	-13,4	361 682	-2,1
Fabrik- und Werkstattgebäude	152	-24,4	87 022	-20,0
Handels- und Lagergebäude	370	-8,0	237 719	8,7
Hotels und Gaststätten	32	-11,1	24 293	9,8
Sonstige Nichtwohngebäude	85	-9,6	87 512	-8,9
Nichtwohngebäude insgesamt	1 181	-9,0	632 416	-14,3

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz nach Güter- und Dienstleistungsgruppen

Güter- und Dienstleistungsgruppen bzw. Lebenshaltung insgesamt	Oktober 2003 2000=100	Veränderung gegenüber	
		Oktober 2002	September 2003
		%	
Güter- und Dienstleistungsgruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	104,9	1,5	0,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	110,2	4,5	-
Bekleidung und Schuhe	101,8	0,5	-0,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	105,3	1,5	0,2
Möbel, Hausrat und laufende Instandhaltung	100,9	-	-
Gesundheitspflege	101,1	-0,5	-
Verkehr	106,5	0,9	-
Nachrichtenübermittlung	97,4	1,6	-
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	99,0	-1,1	-1,4
Bildungswesen	105,0	1,1	-
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	105,8	0,6	-
Andere Waren und Dienstleistungen	107,8	2,1	0,2
Gesamtlebenshaltung			
Verbraucherpreisindex	104,2	1,0	-0,1

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz Januar 2002 bis Oktober 2003



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSFHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon 02603 71-2450, Telefax 02603 71-3150, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2003 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.